



BdV-NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften · Landesverband Baden-Württemberg · Schloßstr. 92 · 70176 Stuttgart

67. Jahrgang

Stuttgart, Dezember 2020/Januar/Februar 2021 · Nr. 4

Tag der Heimat 2020 in Stuttgart: 70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen Der etwas andere Heimattag ...

Wenige glaubten daran, dass zu Corona-Zeiten der traditionelle Tag der Heimat des BdV Baden-Württemberg in diesem Jahr stattfinden kann. Und genau diese Wenigen haben Recht behalten: Der Tag der Heimat wurde am 20. September begangen, zwar etwas anders als in den vergangenen Jahren aber trotzdem sehr gelungen.

Auch in diesem Jahr wurde um 11.00 Uhr am Denkmal für die Opfer der Vertreibung vor dem Kursaal in Bad Cannstatt ein Kranz für die Verstorbenen niedergelegt und an ihre Leistung in den Gemeinschaften der Vertriebenen gedacht. Das Grußwort sprach die Bezirksvorsteherin Beate Dietrich von Stuttgart-Wangen. Die Festrede hielt der Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ernst Strohmaier. Gestaltet wurde die Feier in diesem Jahr von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Schon in seiner Eröffnungsrede erinnerte der Geschäftsführer des BdV-Landesverbandes Hartmut Liebscher an die Hygienevorschriften, die in diesem Jahr während der Feier zu beachten sind. Dieser moderierte in launiger Weise wie in den vergangenen Jahren die Feierstunde, die zwar kürzer war, aber an Qualität jedoch nichts eingebüßt hatte.

Der Vorsitzende des BdV-KV Stuttgart Albert Reich begrüßte die Ehrengäste des diesjährigen Heimattages: allen voran den Staatssekretär im Innenministerium Herrn Wilfried Klenk, vom Bundestag Karin Maag MdB, Konrad Epple MdL, vom Innenministerium Dr. Christiane Meis und

Simone Kayser, den Leiter des nauschwäbische

Dr. Mathias Beer, Instituts für do-Geschichte und Landeskunde in Tübingen, den Vorsitzenden der Heimat- und Trachtenverbände in Baden-Württemberg, Reinhold Frank, aus der Vinzenzstadt Wendlingen am Neckar und Patenstadt der Egerländer, Hochwürden Dekan Paul Magi-no, den Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, Helmut Letfuß und Prof. Dr. Hartmut Fröschle.

Weiter gaben sich die Ehre der Oberbürgermeister von Backnang und OB-Kandidat der Landeshauptstadt Stuttgart Dr. Frank Nopper, der Bezirksvorsteher Marco-Oliver Luz



Festansprache von Staatssekretär Wilfried Klenk
Foto: DigiTrend



Am Vertriebenenmahnmal: Der Stuttgarter Chor der Deutschen aus Russland
Foto: Ilja Fedoseev



Wiederbegegnung mit dem Knabenchor Capella Vocalis aus Reutlingen
Foto: DigiTrend

von Stuttgart-Degerloch, der Bezirksbeirat Christoph Kapteina aus Bad Cannstatt sowie der Stadtrat Frank Ebel. Dann weiterhin: der Landesvorsitzende Michael Konnerth für die Siebenbürger Sachsen, der neue Landesvorsitzende Richard Jäger für die Banater Schwaben, Hans Vastag, der Landeskulturreferent der Banater Schwaben, die Landesvorsitzende Uta Lüttich, die Trägerin des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg für Ostpreußen,



Gesamtleitung und Moderation des BdV-LGF Hartmut Liebscher

Foto: DigiTrend

sowie der Landesvorsitzende Hans Werner Schwalke für Westpreußen. Waltraud Illner, stellvertretende Landesobfrau der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Jürgen Ginzel, der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landesversammlung und der Sprecher der Südmährer, Herr Franz Longin MdL a. D. wobei die Liste noch länger war. Reich betonte, dass immer wieder von der verlorenen Heimat gesprochen wird, sie ging aber nicht verloren wie eine

Brieftasche, sondern sie wurde geraubt. Ein besonderer Dank ging an die Veranstalter des Tages der Heimat, die Vorstandsmitglieder des BdV, des Kreisverbands Stuttgart, die Vorsitzenden der Stuttgarter Landsmannschaften und Heimatgruppen sowie an den Landesgeschäftsführer, Hartmut Liebscher und die Damen der Geschäftsstelle Frau Putane, Frau Kuhn und Frau Armbruster. Da in diesem Jahr keine großen Chöre, keine Tänze großer Gruppen und keine Blasmusiken wie in all den Jahren zuvor angeboten werden durften, ging ein Vergelt's Gott an die diesjährigen Mitwirkenden für Ihre Umrahmung: die Egerländer Familienmusik Hess und das Egerländer Alphornquartett unter der Leitung von Prof. Armin Rosin, das den musikalischen Auftakt gestaltete. Ebenfalls künstlerische Beiträge kamen von der Siebenbürger Trachtengruppe B-W, die den Gästen in zwei Auftritten mit vier Paaren vier Tänze vorführten. Vier Auftritte hatte hingegen ein Teil (25 Sänger der insgesamt 130) des Knabenchors Capella Vocalis aus Reutlingen unter der Leitung von Christian Bonath, der deutsche volkstümliche Lieder, Kunstlieder und auch die Hymne und das Schlusslied „Kein schöner Land“ vortrug, da ja mitsingen nicht gestattet war.

In ihrer Festrede



Grußwort des BdV-Kreisvorsitzenden Albert Reich bei der Gedenkfeier am Vertriebenenmahnmal

Foto: Ilja Fedoseev



Gedenkrede des Landesvorsitzenden der Deutschen aus Russland Ernst Strohmaier

Foto: Ilja Fedoseev



Alphornquartett unter der Leitung von Prof. Armin Rosin

Foto: DigiTrend



Mitwirkende Siebenbürger Trachtengruppe *Foto: DigiTrend*



Egerländer Familienmusik Hess

Foto: DigiTrend

erinnerten der Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Wilfried Klenk MdL wie auch die BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam in ihrer Schlussrede an ein wichtiges Dokument der Nachkriegszeit: die Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950.

Klenk setzte in seiner Würdigung die Charta der deutschen Heimatvertriebenen mit zwei weiteren Jubiläen in diesem Jahr in Beziehung, mit der 75. Wiederkehr des Kriegsendes in Deutschland und mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die sich in diesem Jahr zum dreißigsten Mal jährt. Er sagte wörtlich: „Deutschland wurde durch das Kriegsende am 8. Mai 1945 von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft befreit. Daher sprechen wir aus gutem Grund von einem ‚Tag der Befreiung‘. Freilich regt die Erinnerung an diesen Tag auch zur Besinnung, zum Nachdenken an: Wer auf die vielen, so unterschiedlichen Schicksale zurückblickt, die mit diesem Datum verbunden sind, dem wird es schwer ums Herz. Gerade für die Deutschen in den östlichen Reichsteilen und in den Siedlungsgebieten im östlichen Europa hielt das Kriegsende furchtbare Leidenserfahrungen bereit, etwa die Schrecken der Flüchtlingstrecken, der Vertreibungen und der Verschleppungen in Arbeits- und Vernichtungslager, die jahrzehntelange Unterdrückung in den Diktaturen, die im östlichen Europa auf den Krieg folgten und der Schmerz des Heimatverlustes“, erklärte der Staatssekretär.

„So wie das Kriegsende am Anfang

der Teilung unseres Vaterlandes stand, so war der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vor 30 Jahren das Gegenstück dazu: der entscheidende rechtliche Schritt zum Wiederausammenwachsen Deutschlands – ein seltener, reiner Freudentag in der Geschichte unseres Volkes“, so Staatssekretär Wilfried Klenk MdL weiter.

„Unter den diesjährigen Jubiläen ist der 5. August 1950 der geschichtliche Wendepunkt, der den 8. Mai 1945 mit dem 3. Oktober 1990 verbindet“, erklärte der Staatssekretär. In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen stand nicht die Forderung nach staatlichen Leistungen an erster Stelle, sondern das Versprechen, ‚durch harte, unermüdliche Arbeit‘ am Wiederaufbau Deutschlands und Europas mitzuwirken. Und die Heimatvertriebenen hielten Wort. Sie legten Hand an beim Wiederaufbau – in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht. So wurde Baden-Württemberg, so wurde Westdeutschland mit dem großen Engagement der deutschen Heimatvertriebenen ein wohlhabendes, ein friedfertiges und ein soziales Gemeinwesen, das auch bei den Deutschen in der DDR und weit darüber hinaus eine hohe Wertschätzung genoss. Und mit dem in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen explizit verkündeten Verzicht auf Rache und Vergeltung machten sich die Heimatvertriebenen auf den Weg der Verständigung und der gemeinsamen Aussöhnung mit unseren europäischen Nachbarn. Dies war ein wichtiger Beitrag dazu, dass in Mittel- und Osteuropa die historischen

Ängste vor den Deutschen schwanden. So haben die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrer Charta den Boden für den Beitritt der DDR, für die Wiedervereinigung Deutschlands mit bereitet. Dieses Signal der Heimatvertriebenen damals, aus diesem Kreislauf der Gewalt aussteigen zu wollen, prägt die Geschichte unseres Landes bis heute, und wir



Schlussworte der BdV-Landesvorsitzenden Iris Ripsam Foto: DigiTrend

haben allen Grund, für diese Entwicklung in unserem Vaterland in den letzten Jahrzehnten dankbar und auf den historischen Wendepunkt am 5. August 1950 stolz zu sein. Stolz und dankbar auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und auf das, was daraus Fruchtbare für uns alle erwachsen ist“, sagte Staatssekretär Wilfried Klenk MdL abschließend.

Mit dem Schlusslied „Kein schöner Land“ klang der diesjährige „abgespeckte“ Tag der Heimat unter dem Applaus der Anwesenden aus.

Hans Vastag



Ausreichend Platz im Beethovensaal der Liederhalle zur vorschriftsmäßigen Einhaltung der Corona-Hygiene. Foto: DigiTrend

Den Tag der Heimat in voller Länge mit Reden und kulturellen Beiträgen können Sie bei Youtube nachschauen!

Einfach bei YouTube als Suchbegriff folgendes angeben: Tag der Heimat in der Landeshauptstadt Stuttgart (Teil I bis IV).



Teil I

BdV-KV Schwäbisch Gmünd

Eine Urkunde als Basis für ein friedliches Europa

Tag der Heimat Festakt zu 70 Jahren Charta der deutschen Vertriebenen

Die durch Corona-Auflagen begrenzte Gästezahl beim Tag der Heimat solle keineswegs darüber hinwegtäuschen, wie wichtig das Zusammenkommen sei, sagte die Kreisvorsitzende des Bundes deutscher Vertriebenen, Christine Effert. Gerade mal 20 Personen konnten im Refektorium Platz nehmen. Gemeinsam beschwor man die Erinnerungskultur, die heute, 70 Jahre nach Unterzeichnung der Charta der deutschen Vertriebenen, wichtiger denn je sei. Denn, so Christine Effert, „Flüchtlinge sind der Rammbock für

staatliche Interessen“. Auch in der heutigen Zeit sei das Thema „Flüchtlinge“ nach wie vor aktuell. Die BdV-Vorsitzende betonte, dass „Extremismus und antidemokratisches Verhalten keinen Platz im BdV“ haben.

Effert erinnerte daran, was die „Charta“ beinhaltet, die im August vor 70 Jahren in Stuttgart unterzeichnet worden ist. Etwa, dass auf Vergeltung und Rache verzichtet werde zugunsten eines friedlichen Europas, in dem die Völker ohne Zwang und Furcht leben können. Die Charta sei eine „Selbstverpflichtung“, die sich die Vertriebenen aus Schlesien, Ostpreußen oder den Gebieten am Schwarzen Meer selbst gegeben hatten.

Heute müsse man erkennen, dass Flüchtlinge kein Problem eines Landes, sondern ein „Weltproblem“ seien. „Denn bis heute werden Menschen vertrieben“, prangerte Effert an. Dabei sollten sie den Weg in eine bessere Zukunft finden. Der Tag der Heimat im Prediger reprä-

sentiere den Zusammenhalt, stehe für Menschenrechte und Versöhnung, vor allem aber für das Recht auf Heimat, betonte Effert. Der Tag der Heimat sei ein kulturelles Erbe, das weitergetragen werden müsse, sagte die BdV-Vorsitzende. Vor allem forderte sie, dass die „Charta der deutschen Vertriebenen“ im genauen Wortlaut in den Schulunter-

den. „Sie haben den Neuaufbau mitgestaltet und den wirtschaftlichen Aufschwung mit vorangetrieben“, und dabei „intensive Mühe und nimmermüde Arbeit auf sich genommen, um Tradition und Kultur wachzuhalten“, sagte sie.

Für Musik zum Festakt sorgten Hei-drun und Ingeborg Havran am Klavier und am Violoncello.

Anja Jantschik

Tagespost: 28.09.2020



Coronagerechte Sitzverteilung der Veranstaltungsteilnehmer

Foto: hoj

richt gehöre, etwa in den Fächern Geschichte und Geografie.

„Die Pflege der Tradition ist ein wichtiges Stück Kreisidentität“, stellte Ute Gurrulat als Amtsleiterin des Geschäftsbereichs Sicherheit und Ordnung im Landratsamt fest. Sie informierte darüber, dass in der Landesverfassung das „unveräußerliche Recht auf Heimat“ verankert sei. Heute könne sich die junge Generation kaum vorstellen, wie viel Leid durch den Verlust von Angehörigen, aber auch von Hab und Gut wegen Vertreibung und Flucht bei Millionen Menschen ausgelöst worden ist. Die „Charta der deutschen Vertriebenen“, die vor 70 Jahren unterzeichnet wurde, stehe für ein friedliches, freies und demokratisches Europa der Völker. Der Bund der deutschen Vertriebenen sei ein „kultureller, politischer und wirtschaftlicher Brückenbauer“.

Gurrulat erinnerte daran, dass rund 55.000 Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg im Ostalbkreis eine neue Heimat fan-

„Mit der Vergangenheit noch nicht klargeworden“

So freimütig wie die Vizevorsitzende der Piratenpartei, Olga Richerova, haben sich in jüngster Zeit nur wenige Prager Politiker zum tschechisch-sudetendeutschen Verhältnis geäußert. „Wir sind mit unserer Vergangenheit noch nicht klargeworden, vor allem in Regionen, in denen die deutsche Präsenz noch spürbar ist“, sagte die 1985 in Budweis geborene, aber in Ostböhmen aufgewachsene Parlamentarierin. „Die jüngere Generation ist eher offen, bei der älteren ist es schwierig“. Sie gab diese Einschätzung während eines Bildschirm-Themenzooms der Ackermann-Gemeinde ab. Wichtig sei für sie, positiv in die Zukunft zu schauen und das zu ändern, was man ändern könne.

Die junge Abgeordnete - die Urgroßmutter war Sudetendeutsche - ist Vorsitzende der deutsch-tschechischen Freundschaftsgruppe im tschechischen Abgeordnetenhaus. Sie gehört der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder an.

Karlsbader Zeitung 10/2020

BdV-KV Biberach

Bund der Vertriebenen hält Gedenkfeier zum Tag der Heimat auf der Schillerhöhe ab

Der Corona-Krise geschuldet, hat der Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen mit Kranzniederlegung im September nur im kleinen Rahmen am Ehrenmal auf der Schillerhöhe stattgefunden.

Vor einer ganz kleinen Zahl von Teilnehmern wurde in diesem Jahr besonders auch zweier Jubiläen gedacht: 75 Jahre Flucht und Vertreibung und 70 Jahre Charta der Vertriebenen. Bereits in seiner Begrüßung wies der Kreisvorsitzende Richard Holzberger darauf hin, dass die Rückschau und die Vergebung eine große Rolle spielten. Gleichzeitig maßgeblich sei der Gedanke, den Holzberger

in einem Zitat am Schluss wiedergab: „Wer seine Vergangenheit vergisst, verliert seine Zukunft“ (Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen beim Tag der Heimat 2019 in Stuttgart). Entsprechend standen die Berichte zweier Zeitzeugen der Vertreibung und Deportation im Mittelpunkt. In dieser Zeit wurden viele Deutsche aus ihren Siedlungsgebieten auf dem Balkan und in anderen Ländern, die dem Druck zur Ausreise nicht nach-

gaben, in Lager verschleppt. Diese lagen im Fall von Ex-Jugoslawien im eigenen Land oder im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Als erster Zeitzeuge kam Johannes

sonders nachdenklich macht, dass auch hier ein Teil der Lager als Vernichtungslager bezeichnet wurden. Diese Gruppe der Donauschwaben zahlte mit einem Drittel Opfer einen sehr hohen Blutzoll.

Als zweiter Zeitzeuge kam im Rahmen des Totengedenkens der Kulturreferent des Kreisverbandes, Adam Zirk, zu Wort. Sehr eindrücklich war sein Bericht über die Deportation und die Zustände auf dem Weg. Auch wenn die Deportierten dann in die Bundesrepublik abgeschoben wurden, den vielen Opfern, die auf dem Weg verstarben, half das nicht mehr. Im Gegensatz zu

den gefallenen Soldaten finden sich diese Opfer auf keinem Friedhof. Adam Zirk schloss sein Totengedenken mit dem Hinweis, dass diese Soldatenfriedhöfe in Süd- und Osteuropa von der einheimischen Bevölkerung gepflegt werden - ein Zeichen tätiger Versöhnung. Mit dem Kranz, der von der schlesischen Landsmannschaft zwischen beiden Ansprachen niedergelegt wurde, gedachten die Teilnehmer auch am Ehrenmal den Verstorbenen.

Christina Tobel



Gedenkfeier am Gefallenen-Ehrenmal auf der Schillerhöhe

Foto: Christina Tobel

Weissbarth indirekt zu Wort. Da er selbst nicht teilnehmen konnte, wurde sein Bericht von Richard Holzberger verlesen. Er sprach für die Donauschwaben auf dem Gebiet des späteren Jugoslawiens. Dort verblieben etwa genauso viele Deutsche, wie ausgereist waren, im Gebiet der Partisanen unter Tito, nämlich rund 195 000. Diese wurden zu Volksfeinden erklärt, entweder auf dem eigenen Gebiet in Lagern inhaftiert oder deportiert. Be-

BdV-KV Ulm/Alb Donau

Gedenken zum Tag der Heimat in Schelklingen

„Wanderer, halte inne und bedenke ...“. So beginnt die Inschrift auf dem Gedenkstein für die deutschen Opfer der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, der als Mahnmal in der schwäbischen Kleinstadt Schelklingen nahe Ulm steht. Ein schöner Platz, etwas erhöht, ein

großes Kreuz und daneben auf einzelnen Stelen die Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen.

Jedes Jahr Ende September, zum Tag der Heimat, treffen sich die Vertreter der Heimatvertriebenen und der ihnen gefolgt Spätaussiedler an der Gedenkstätte, um die Opfer

zu würdigen, aber auch die Rolle der Heimatvertriebenen für den Aufbau und die Gestaltung der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hervorzuheben. Veranstalter war auch in diesem Jahr wieder der Kreisverband Ulm/Alb-Donau-Kreis des Bundes der Vertriebenen. Des-

sen Vorsitzender Roman Pfeifle konnte den stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Schelklingen, Werner Haas sowie etliche Landsleute aus Schlesien, dem Sudetenland, Ost- und Westpreußen, der Bukowina, von den Donauschwaben, den Banater Schwaben, den Siebenbürger Sachsen, den Russlanddeutschen und anderer Gruppen begrüßen. Stimmungsvoller Blumenschmuck umrahmte die spätsommerliche Veranstaltung.

Thema des Tages der Heimat ist in diesem Jahr der 70. Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen, was auch die Ansprachen der Redner im Fokus hatten. 1950, noch kaum angekommen und am Tiefpunkt ihrer Existenz, haben die Vertriebenen dennoch ausdrücklich auf „Rache und Vergeltung“ verzichtet und sich selbst dazu verpflichtet, am Aufbau der Gesellschaft ak-



Gedenkfeier am Vertriebenenmahnmal in Schelklingen Foto: Halrun Reinholz

tiv und nach besten Kräften teilzunehmen. Die Bilanz 70 Jahre danach zeigt den Erfolg dieses Vorhabens, die Leistungen der Vertriebenen und Spätaussiedler, so der Tenor der Festredner, sind ein anerkannter Beitrag zu Frieden und Völ-

kerverständigung in Deutschland und in Europa. Die Landsmannschaft der Banater Schwaben war durch das Kultur- und Dokumentationszentrum in Ulm vertreten und legte am Gedenkstein eine Blumenschale nieder. Halrun Reinholz

Zwiefalten:

Tagung der Ernst Wiechert-Gesellschaft zum 70. Todestag des ostpreußischen Schriftstellers

Auch Corona konnte nicht verhindern, dass die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) in Zwiefalten auf der Schwäbischen Alb zusammen mit dem dortigen Geschichtsverein Veranstaltungen zum 70. Todestag des Schriftstellers Ernst Wiechert durchführte.

Am 24. August 1950 verstarb Wiechert in Uerikon bei Zürich, wo er ab 1948 wohnte. Sein letzter großer Roman „Missa sine nomine“ war wenige Tage zuvor im Druck erschienen. Sein Grab befindet sich in Stäfa bei Zürich, das die Wiechert-Gesellschaft eigentlich im September besuchen wollte. Aber diese Tagestour verhinderte Corona.

Dafür fanden die Veranstaltungen in Zwiefalten große Resonanz beim Publikum. Am 5. September stellte Weigelt in dem „Kulturdenkmal Wimsener Mühle“ sein Buch „Schweigen und Sprache. Literarische Begegnungen mit Ernst Wiechert“ vor.

Weigelt beleuchtete Wiecherts Verhältnis zur Natur als gesetzgebende und moralische Instanz, was besonders der Roman „Das einfache Leben“ thematisiert. Er arbeitete komprimiert und dennoch detailliert Wiecherts politisches Engagement heraus.

Wiecherts Verhaftung 1938, die KZ-Haft in Buchenwald und die anschließende Gestapo-Aufsicht bis 1945 lassen keinen Zweifel an seinem politischen Widerstand. Dabei, so betonte Weigelt, ging Wiechert stets von einem humanistisch geprägten Menschenbild aus - obwohl durch die Erlebnisse im Ersten Weltkrieg und durch die KZ-Erfahrungen ein Riss durch dieses Menschenbild ging.

Die Auswirkungen des NS-Regimes bestärkten ihn in seiner Hoffnung auf Einforderung von Menschlichkeit, Nächstenliebe und Schutz der Schwachen.

Der Vorsitzende des „Geschichtsvereins Zwiefalten“, Hubertus-Jörg Riedlinger, hatte für die „Wiechert-Tage“ auch einen musikalischen Rahmen organisiert. Eine gelungene Überraschung war das Konzert der Sopranistin Karina Aßfalg im Garten des Restaurants „Heimatküche“ am Abend des 4. September, ein „Feuerwerk“ aus Oper, Musical und Schlager. Am 5. September fand in der „Wimsener Mühle“ außerdem ein Konzert des Ensembles „Fagottissimo“ Stuttgart statt, ein Erlebnis für das Publikum - und auch für die Fagottisten, denn es war ihr erster Auftritt seit Februar.

Die positiven Berichte in der lokalen Presse zeigten, dass die gute Zusammenarbeit zwischen der IEWG und dem Geschichtsverein zu einer Konstante im kulturellen Leben der Region geworden ist.

PAZ 25.09.2020

Verborgene Schätze deutscher Heimatvertriebener in Baden-Württemberg

Begeisterte Zuhörende bei der Landeskulturtagung von BDV und SL im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein reiches Kulturland, das dürfte jedem bekannt sein. Dass sich in diesen Reichtum aber wahre Schätze der deutschen Heimatvertriebenen einreihen, die in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs hier entstanden, wohl noch nicht. Sudetendeutsche Landsmannschaft und Bund der Vertriebenen hatten jedenfalls ein umfangreiches und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt für die diesjährige Landeskulturtagung. Diese verborgenen Schätze und noch mehr Wissenswertes lernten die Teilnehmer der diesjährigen Tagung, die wiederum unter der Schirmherrschaft des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl CDU stand, am 24. und 25. September kennen.

Hartmut Liebscher, Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg (BdV), begrüßte die Gäste zur diesjährigen Landeskulturtagung an Stelle von Albert Reich, dem langjährigen Landeskulturreferenten. War dieser doch kurzfristig erkrankt und grüßte die Teilnehmenden vom Krankenbett aus. Dies sollte, wie sich schnell herausstellte, übrigens nicht die einzige Änderung im Ablauf bleiben.

Die Tagung fand, wie heute üblich,

unter Corona-Bedingungen im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Die Sehnsucht nach einer Präsenzveranstaltung war groß und so war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt.

Das geplante Grußwort der BdV-Landesvorsitzenden Iris Ripsam musste berufsbedingt auf den zweiten Tag verschoben werden. Das Grußwort des brandenburgischen Landesobmanns der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) Herbert Fechtner verlas der SL-Landesobmann von Baden-Württemberg Klaus Hoffmann, da Fechtner sich entschuldigt hatte. Nach dem Totengedenken ging der Landesobmann auf die für alle schwierige Situation in den letzten Monaten ein. War doch das soziale, das wirtschaftliche und das kulturelle Leben völlig zum Erliegen gekommen. Erst ab August konnte über die Durchführung der Landeskulturtagung 2020 ernsthaft nachgedacht werden. Denn erst ab diesem Zeitpunkt waren die Rahmenbedingungen im Haus der Heimat geklärt. Hoffmann berichtete von einem Gespräch mit Frau Staatsministerin Schopper in der Villa Reitzenstein, bei dem er mit ihr über die Bedeutung der Kultur in diesen Tagen sprach. Kulturförderung ist grundsätzlich eine freiwilli-

ge Aufgabe des Staates. In der gegenwärtigen Krise wurde Kultur jedoch als systemrelevant eingestuft und der Erhalt über das normale Maß hinaus gefördert. In diesem Zusammenhang verwies er auf die staatlich zugesicherte Förderung der Kultur der deutschen Heimatvertriebenen sowie deren Verankerung im §96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Damit leitete er auch schon über zum ersten Referenten des Tages, Herrn Michael Konnerth, stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des Verbands der Siebenbürger Sachsen. Konnerth berichtete über „Das Siebenbürgische Kulturzentrum in Gundelsheim – Institut, Bibliothek, Museum.“

Hinter diesem nüchternen Begriff verbirgt sich das bereits 1254 gegründete Schloss Horneck, das, um nur eine Episode aus der langen Geschichte zu erwähnen, von Götz von Berlichingen während der Bauernkriege zerstört wurde. Es wurde anschließend wiedererrichtet und ist seit 1960 im Besitz der Siebenbürger Sachsen.

Konnerth nahm die Tagungsteilnehmer mit auf eine Zeitreise einerseits, andererseits weihte er sie aber ein in die vielfältigen Aktivitäten der Siebenbürger Sachsen welt-



Referenten der Landeskulturtagung von l.n.r. Raimund Haser MdL, SL Landesobmann Klaus Hoffmann, Verleger Konrad Badenheuer, Journalist und Verleger Stefan Teppert

Fotos: Waltraud Illner

weit. Familienforschung, Jugendarbeit, Sozialarbeit und die breite Palette der Kultur sind hier zu erwähnen.

Nach einer kurzen Diskussion und der notwendigen Corona-Pause freuten sich die Gäste auf ein tagesaktuelles Thema, das „Zentrum gegen Vertreibungen (Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen)“. Über dessen Aufgabe und aktuelle Herausforderungen stand Markus Patzke vom Bundesverband des Bundes der Vertriebenen Rede und Antwort. Patzke vertrat die eigentlich angekündigte Referentin Gisela Schewell, die kurzfristig absagen musste.

Wesentliche Triebfeder der Stiftungsgründung ist die Versöhnung mit den Nachbarvölkern. Daher ist auch der Stiftungsname gleichsam Programm. Geht es doch um Ächtung von Vertreibungen weltweit. So ging er auf die vier Kernaufgaben der Stiftung ein. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Integration der deutschen Heimatvertriebenen in Deutschland. Ein wichtiger und wesentlicher Aspekt ist weiterhin das Aufarbeiten der Vertreibungen und Genozide weltweit. Er verwies darauf, dass allein in Europa mehr als 30 Volksgruppen von Menschenrechtsverletzung betroffen waren. Schließlich schilderte er die letzte Aufgabe – die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises, der in diesem Jahr an Bundespräsident a.D. Joachim Gauck verliehen wird.

Von Bonn, dem Sitz der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, führte das Programm nach Ostpreußen. Dr. Christopher Spatz nahm die Teilnehmenden auf seiner Zeitreise mit zurück in die Nachkriegsjahre. Er schilderte die unsagbaren Vorgänge, als Kinder in den Wirren der damaligen Zeit vom Hunger bedroht ihrem Schicksal teilweise allein gegenüber standen. In seinem Buch

„Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben.“ verarbeitete er die Geschichte von 50 zwischen 1930 und 1942 in Ostpreußen Geborenen. Erschütternde Berichte, sieben Jahrzehnte nach den verheerenden Ereignissen, ließen die Geschehnisse aufleben. Die Anwesenden im Haus der Heimat fühlten mit jedem einzelnen Schicksal mit. Spatz ern-



Tagungsleitung Hartmut Liebscher

tete für seinen Vortrag, vor allem aber der Aufarbeitung dieser Schicksale, Dank und Anerkennung.

Wie Wenzel Jaksch sich vergeblich bemühte, die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien zu verhindern, schilderte Prof. Dr. Erich Zettl in seinem



Einer der Tagungstische mit Teilnehmern, Corona gerecht verteilt
Fotos: W. Illner

Vortrag „Wenzel Jaksch, BdV-Präsident 1964 bis 1966 – sein Kampf mit Edvard Benesch, die Vertreibung der Deutschen zu verhindern.“ Wenzel Jaksch war sozialdemokratischer Politiker. 1938 ging er zusammen mit anderen nach dem Abschluss des Münchner Abkommens ins britische Exil und gründete dort die Treugemeinschaft sudetendeutscher So-

zialdemokraten. Bis 1942 rief er über den britischen Rundfunk die Sudetendeutschen dazu auf, der Tschechoslowakischen Republik loyal gegenüber zu sein und Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu leisten. Vergeblich versuchte er in der Zeit in London Benesch von dessen Vertreibungsgedanken abzuhalten, bis Benesch schließlich die Alliierten von seiner Position überzeugen konnte und sich zuletzt mit Stalin verbündete. Nach Kriegsende kehrte Jaksch auf den Kontinent zurück, ließ sich in Westdeutschland nieder und trat der SPD bei. 1966 starb er bei einem Verkehrsunfall. Jaksch versuchte mit seinen Mitteln die Vertreibung zu verhindern. Letztendlich waren seine Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt.

BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam erfreute die Teilnehmenden am Samstag mit ihrem Grußwort und stimmte in den zweiten Tag der Landeskulturtagung ein. Sie hob noch einmal die Bedeutung und die Erfolge der Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen hervor, ehe sie an den nachfolgenden Referenten übergab, der sich einem wenig bekannten Kapitel der Nachkriegsgeschichte widmete.

Die Vertreibung der Deutschen aus deren angestammten Siedlungsgebieten traf vor sieben Jahrzehnten alle, die als deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa heimisch waren. Die Oder-Neiße-Linie war zur neuen Grenze zwischen Ost und West geworden. Doch nicht alle Heimatvertriebenen wollten in Deutschland oder Österreich bleiben. Manch einer suchte nach fernerer

Zielen, um sein Glück zu finden. So einige Donauschwaben, die sich den Gedanken von Pater Josef Stefan und Ingenieur Michael Moor angeschlossen und im südbrasilianischen Paraná in der Siedlung Entre Rios eine neue Heimat fanden. 222 Siedler kamen im Jahr 1951 in Entre Rios an und entwickelten im Lauf der Jahre den Ort zu einer Erfolgsge-

schichte. Sie rangen dem kargen Boden landwirtschaftliche Produkte ab und entwickelten die Stadt kontinuierlich weiter. Seit 1987 sind Entre Rios und Rastatt partnerschaftlich verbunden, womit sich der Kreis auch für Baden-Württemberg wieder schließt. Stefan Teppert, Bundeskulturreferent der Donauschwaben von 1988 bis 1999, freier Journalist, Redakteur und Autor, geboren in Entre Rios, heute wohnhaft in Meßstetten nahm die Zuhörer mit in eine sieben Jahrzehnte dauernde Erfolgsgeschichte, mit allen Höhen und Tiefen. Es offenbarte sich ein besonderes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Nach diesem Ausflug auf den südamerikanischen Kontinent unterstrich als nachfolgender Referent das stv. BdV-Präsidiumsmitglied und stv. Landesvorsitzender des BdV Baden-Württemberg Raimund Haser MdL in seinem Vortrag die Bedeutung eines vereinten Europa. Haser, zudem Vorsitzender des Hauses der Donauschwaben e.V. in Sindelfingen, sieht sich denn auch als „Donauschwabe – Oberschwabe – Europäer“. Im Mittelpunkt seiner Gedanken stand die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die vor siebzig Jahren, am 5. August 1950 vor den Trümmern des Neuen Schlosses in Stuttgart vor Hunderttausenden deutscher Heimatvertriebenen verkündet wurde. Das als Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen angesehene Werk dient den Heimatvertriebenen seither als Richtschnur für ein gemeinsames, ein vereintes Europa. Nichts hat die Charta an Bedeutung verloren in einer Zeit, in der Flucht und Vertreibung noch immer politisches Mittel sind. Umso wichtiger ist an diesem gemeinsamen Haus Europa weiterzubauen, so sein Aufruf an alle Anwesenden.

Lebhafte Diskussionen löste schließlich Verleger Konrad Badenheuer, Bundespressesprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1993 bis 2001 aus. Sein Vortrag „Alles verloren? Lage und weitere Perspektiven zur Vertrei-



Iris Ripsam als aufmerksame Zuhörerin



Vortrag von Prof. Dr. Erich Zettl

Foto: W. Illner

zung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg sowie „Die 80 Thesen zur Vertreibung der Deutschen nach 1946“ von Prof. Dr. Alfred de Zayas (siehe auch Seite 11), fesselte die Zuhörer in ihren Bann. Kritisch setzt sich Badenheuer mit der Vertreibung auseinander, untersuchte die Arbeit der Vertriebenenverbände und Wiedergutmachungspolitik ein-

zelner Vertreiberstaaten. Die Sudeutsche Frage ist weiterhin offen, die Vertreibung war und ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daran besteht kein Zweifel. An der Beseitigung des Unrechts zu arbeiten sind alle Beteiligten aufgerufen. Und auch wenn die Sudetendeutsche Frage noch offen ist, so sollten die bisherigen Erfolge dazu ermutigen, den Weg der Aufarbeitung weiter zu gehen.

Mit dem Blick auf die Vertreibung endete die Landeskulturtagung 2020. SL-Landesobmann Klaus Hoffmann dankte allen Referenten und Teilnehmenden für die gelungene Veranstaltung. Ein besonderer Dank galt Albert Reich, verbunden mit Genesungswünschen, und den Mitarbeitenden hinter den Kulissen für die Vorbereitung und Durchführung. Mit dem Hinweis auf die nächste Landeskulturtagung am 24./25. September 2021 schloss die Tagung.

Statt des gemeinsamen Singens der Nationalhymne am Ende der Landeskulturtagung rezitierte Reinhold Frank, Vorstandsmitglied des BdV und 1. Vorsitzender des Landesverbandes der Heimat- und Trachtenverbände Baden-Württemberg, den Text „Einigkeit und Recht und Freiheit ...“. *Klaus Hoffmann*

**Der Landesverband des BdV-Bund der Vertriebenen
sucht zum baldmöglichsten Termin eine
Bürokraft in Teilzeit (50%) m/w/d
für eine unbefristete Tätigkeit
im Vorzimmer des Landesgeschäftsführers**

Ihre Aufgaben:

Allgemeine Bürotätigkeiten, Mitgliederverwaltung, Organisation von Veranstaltungen des Verbandes, schriftliche und telefonische Korrespondenz. Wir erwarten gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen und Bereitschaft zur gelegentlichen Arbeit außerhalb der üblichen Bürozeiten.

Wir bieten:

Vergütung in Anlehnung an den öffentlichen Dienst, sehr gute Anbindung an den ÖPNV, eine freundliche, offene und kollegiale Arbeitsatmosphäre.

Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen richten Sie bitte an den BdV-Bund der Vertriebenen, Schlosstr. 92, 70176 Stuttgart, E-Mail: zentrale@bdv-bw.de z. Hd. Herrn Liebscher

Wissenschaftliche Fachtagung der Kulturstiftung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Südosteuropa

Die zeithistorische Fachtagung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Südosteuropa: Persönlichkeiten, Konzepte und Schicksale“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen bildete am 10. und 11. Oktober 2020 den Abschluss einer dreijährigen Konferenzreihe.

Als Tagungsort hatte man dieses Jahr das Haus der Donauschwaben in Sindelfingen gewählt. Wegen der aktuellen Corona-Lage waren einige Referent*innen online zugeschaltet und die Zahl der Plätze im Saal stark reduziert.

Zum Auftakt der Tagung sprachen Christine Czaja-Grüninger, stv. Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung, und Raimund Haser, MdL und Vorsitzender des Vereins Haus der Donauschwaben, Grußworte, in denen sie ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, dass gerade dieses Tagungsthema im Haus der Donauschwaben besprochen werden kann. Anschließend begrüßten auch Stefan Teppert, der die Tagungsleitung innehatte, und Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, die Anwesenden im Saal und die Zuschauer online.

Das Programm begann mit einem Beitrag Stefan Tepperts zum Leben und Werk von Hans Bergel, der als Autor seine persönlichen Erfahrungen in Siebenbürgen in zahlreichen Büchern verarbeitet hat.

Der Zeitzeuge des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und später gegen den Kommunismus hatte zwar aus gesundheitlichen Gründen eine persönliche Teilnahme an der Tagung in Sindelfingen absagen müssen, hatte es sich aber nicht nehmen lassen, passende Textpassagen aus seinem Roman „Wiederkehr der Wölfe“ herauszusuchen, die Ines Szuk vortrug.

Anschließend sprach der Autor und Filmemacher Thomas Dapper über deutschen Widerstand im besetzten Vielvölkerstaat Jugoslawien. Vielen Donauschwaben, die sich in Opposition zum Nationalsozialismus sahen, blieb unter den spezifischen Umständen in Jugoslawien nur die innere Emigration, fasste



Christine Czaja-Grüninger, stv. Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



*Die Tagungsleitung übernahm Stefan Teppert
Fotos: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen*

Dapper seine Erkenntnisse zusammen. Helmut Staudt, evangelischer Pfarrer im Ruhestand, berichtete anschließend vom evangelisch-kirchlichen Protest und Widerstand in Südosteuropa.

Der zweite Konferenztag begann mit der Verlesung eines Grußwortes

des emeritierten Erzbischofs Dr. Robert Zollitsch, der seine eigenen Erfahrungen mit Widerstand und Kollektivschuldvorwürfen im ehemaligen Jugoslawien beschrieb. Anschließend stellte Wilhelmine Schnichels, Vorsitzende der Donauschwäbischen Kulturstiftung, in ihrem Vortrag Persönlichkeiten aus den Reihen der katholischen Donauschwaben und deren Kampf gegen Totalitarismen vor.

Helmut Erwert beschäftigte sich mit zeithistorisch belegten Szenen aus seinem Roman „Elli oder die versprengte Zeit“.

Dr. Kathi Gajdos-Frank stellte ihre Forschung zu den Aufzeichnungen des ungarischen Staatssicherheitsdienstes zum ungarndeutschen Widerstand vor.

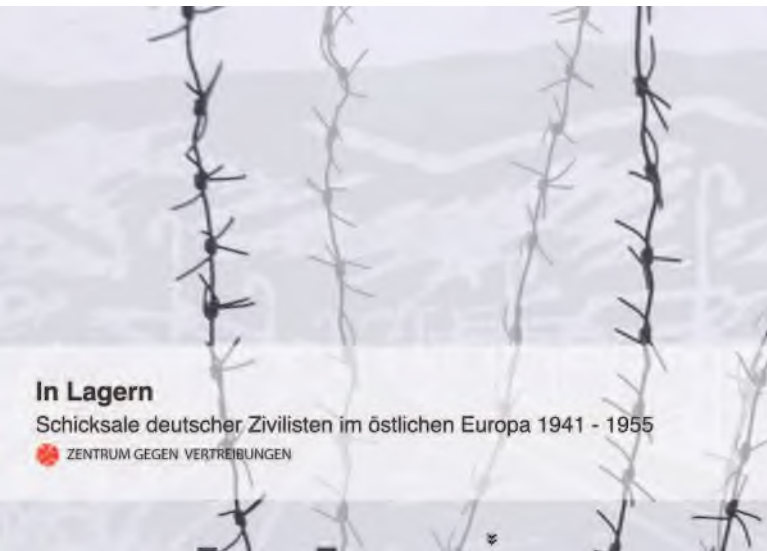
Die Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen machte deutlich, dass es keine einheitliche deutsche Gegenbewegung zum Nationalsozialismus in Südosteuropa gegeben hat. Die Opposition reichte von innerem Exil über kirchliche Organisation bis hin zu bewaffnetem Widerstand in den Reihen der Partisanen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging vielerorts die Gegenwehr zudem als Widerstand gegen andere Formen der totalitaristischen Machtausübung und Unterdrückung weiter. Diese Kontinuität wird ein spannendes Forschungsfeld bleiben. Der geplante Tagungsband zur Konferenz „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Südosteuropa: Persönlichkeiten, Konzepte und Schicksale“ wird dazu einen guten Ausgangspunkt liefern.

Die Beiträge der Referenten sind als Video auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

20 Jahre Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN (ZGV)

Hierzu erklärt der Vorsitzende, Dr. Christean Wagner:

Vor 20 Jahren, am 6. September 2000, wurde von den Vertriebenen und ihren Verbänden sowie mit breiter Zustimmung aus vielen gesellschaftlichen Richtungen und politischen Gruppen die gemeinnützige Stiftung der deutschen Vertriebenen Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Wiesbaden gegründet.



Die Stiftung will das Thema Flucht und Vertreibung als Teil deutscher und europäischer Geschichte nicht nur als historisches und kulturelles Forschungsgebiet identifiziert wissen, sondern als lebendige Erinnerung und als Mahnung mitten in unserer Gesellschaft verankern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der mehr als 14 Millionen Deutschen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg von Flucht und Vertreibung betroffen waren, sondern auch um die Schicksale vieler anderer europäischer Völker. Das ZgV steht in Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Genozid.

Während der Gründungsphase gab es kontroverse politische und historische Auseinandersetzungen um die Stiftung, u.a. unterstellte man ihr, völlig zu Unrecht, rück-

wärtsgewandte Intentionen. Unter der Federführung von Erika Steinbach – der Initiatorin, damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen – sowie dem SPD-Politiker Peter Glotz entwickelte die Stiftung allerdings erfolgreich Diskussionsforen, organisierte Veranstaltungen und brachte das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen zum Ende

des Zweiten Weltkrieges in die breite Öffentlichkeit.

Früh erhielt die Stiftung zahlreiche Unterstützung. Unter anderem sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt für ein Zentrum gegen Vertreibungen aus. Auch unter Historikern, wie z.B. Julius H. Schoeps, Lothar

Gall und Michael Wolffsohn, fanden sich viele Befürworter. Zu ihnen zählte auch der Journalist Ralph Giordano.

Dies alles führte schließlich auch dazu, dass die Bundesregierung die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gründete.

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht.

Unter dem Dach des ZgV wurde 2006 die erste Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ unter großer internationaler Beachtung im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. 2009 folgte die Ausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ und 2011 „Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“. 2012 wurden alle

drei Ausstellungen unter dem Titel „HeimatWEH – Eine Trilogie“ in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kronprinzenpalais eröffnet. In jüngster Zeit sind 2016 „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ und 2018 „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ in der Frankfurter Paulskirche der Öffentlichkeit präsentiert worden.

Der Katalog zur Ausstellung, die erstmals in der Frankfurter Paulskirche vom 21. Oktober bis zum 4. November 2018 präsentiert wurde, ist seit wenigen Wochen erhältlich und kann beim Organisationsbüro des Zentrum gegen Vertreibungen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Tel. 0228/810070, E-Mail info@z-g-v.de zum Frühjahrs-Sonderpreis von 10,00 € erworben werden.

Inzwischen sind diese Wanderausstellungen in der ganzen Bundesrepublik von Millionen Menschen gesehen worden, darunter von vielen Schulklassen und Jugendlichen. Kataloge, Unterrichtsmaterial, Zeitzeugeninterviews, Filme sowie Veranstaltungen zum Thema begleiten die Wanderausstellungen.

Neben der Ausstellungstätigkeit verleiht die Stiftung alle zwei Jahre den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, in diesem Jahr also zum zehnten Mal. Zu den Preisträgern gehören u.a. die Nobelpreisträgerin Herta Müller, der Historiker Michael Wolffsohn und in diesem Jahr Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.

Flucht und Vertreibungen sind leider nicht nur Vergangenheit, sondern auch leidvolle aktuelle Gegenwart. Die Vermittlung von Geschichte und der nationen- und generationenübergreifende Diskurs dazu sind auch Mittel zur Verständigung der europäischen Völker.

Die Arbeit der Stiftung bleibt auch für die Zukunft von hoher aktueller Bedeutung.

Sozialpolitik zwischen Weltkrieg und Ostverträgen

Manfred Kittel legt eine Studie zum Lastenausgleich vor

Es gibt Standardwerke, die von bestimmten Autoren geschrieben werden müssen. Ein solches Standardwerk ist nun unter dem Titel „Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975)“ erschienen und schließt wesentliche Forschungslücken zur Geschichte der Vertriebenenintegration nach 1945.

Prädestiniert, ein solches – dann auch gleich über 600 Seiten umfassendes – Buch zu schreiben sind wohl nur wenige in solcher Weise wie Manfred Kittel, der nicht zuletzt als Gründungsdirektor der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – sowie aufgrund zahlreicher wissenschaftlicher und journalistischer Veröffentlichungen – zu den etabliertesten Größen dieses Themenfeldes gehört. Sein neuestes Buch ist nun von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in ihrer Reihe „Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ herausgegeben worden.

In einem ersten Kapitel gibt der Verfasser einen konzentrierten Überblick über die legislativen bzw. administrativen Rahmenbedingungen des Lastenausgleichs. Nachdem er dessen Genese im Anschluss an Währungsreform und das „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände“ nachgezeichnet hat, zeigt Kittel das „Spektrum der Ausgleichsleistungen“ auf und erläutert deren Refinanzierung durch Bund und Länder. Eine Darstellung der für den Lastenausgleich geschaffenen Bürokratie sowie der 28 Novellen, die das Lastenausgleichsgesetz (LAG) in 23 Jahren erfuhren beschließen diese Übersicht, die das

Gerüst zum Verständnis der in den folgenden Kapiteln untersuchten politischen Auseinandersetzungen bildet. Die für eben diese Auseinandersetzung ausschlaggebenden Interessen und wesentlichen Akteure sind Gegenstand des zweiten Kapitels, welches – zumal mit einem Umfang von über 300 Seiten – den Schwer-

nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Geschichte der Vertriebenenverbände, über die er auch zu kritischen Urteilen gelangt (die es in gewisser Weise auch angesichts heutiger vertriebenenpolitischer Zukunftsherausforderungen zu bedenken lohnt): „In den entscheidenden Jahren der LAG-Gestaltung ... waren die Interessen der Ostdeutschen von einem vielstimmigen Orchester ohne kraftvollen Dirigenten vertreten worden. Die Einigung der Vertriebenenverbände erfolgte zu spät, und, gravierender noch, sie brachte keinen Durchbruch in puncto organisatorischer und politischer Effizienz.“

Hiermit verbindet sich Kittels zweiter Schritt: die Einordnung der Interessengruppe der Heimatvertriebenen in den bereiten „Markt“ der Gesamtheit nach Hilfe verlängerender Opfergruppen des Weltkriegs: „Die langjährige Zwietracht im Lager der Vertriebenen war für die Durchsetzung ihrer sozialpolitischen Ziele umso ungünstiger als sie mit ihren an den deutschen Staat gerichteten Forderungen keineswegs allein standen.“ Mit dem aus der Gemengelage unterschiedlicher Ansprüche resultierenden gesellschaftlichen „Reizklima“ ist die erste große politische Spannung markiert, in der sich die Interessenpolitik der Vertriebenen bewähren musste. (Der zweiten vergleichbaren Debattenlage ist das letzte Kapitel des Buches gewidmet.) An dieser Stelle kommt nun das Wirken der politischen Parteien im parlamentarischen Prozess auf dem Weg zum LAG und während dessen Weiterentwicklung in den Blick. Neben den Volksparteien CDU/CSU und SPD betrachtet Kittel ebenso die FDP – zumal als Mittelstandspartei – und politische Kräfte am rechts- wie



punkt der Monographie bildet. Dabei setzt Kittel nicht bei den Verantwortungsträgern in Parlament und Ministerien ein (diesen kommen die beiden letzten Unterkapitel zu), sondern wählt die von der Gesetzgebung unmittelbar Betroffenen und Angesprochenen zum Ausgangspunkt: die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände. Deren Position zwischen „Macht und Ohnmacht“ – vor und nach Gründung des Bundes der Vertriebenen – arbeitet Kittel heraus und leistet damit auch einen

linksextremen Rand sowie den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Das Unterkapitel zum BHE – „Die vertanen Chancen einer Interessenpartei wider Willen“ – gibt ferner korrespondierend zu demjenigen über die Vertriebenenverbände spannende Einblicke in die politische Gestalt der Heimatvertriebenen in der jungen Bundesrepublik. Als letzte Akteure wendet sich Kittel der Exekutive – dem Bundesfinanz- und dem Vertriebenenministerium – zu und beschreibt einen Kompetenzstreit, in dem das Finanz über das Vertriebenenressort obsiegte.

Der ‚Mühsal der Ebene‘ in der politischen Ausgestaltung der Hilfsleistungen nach LAG ist das dritte Kapitel gewidmet, das sich den „Grenzen des Lastenausgleichs“ und seinem „Zurückbleiben hinter den ‚volkswirtschaftlichen Möglichkeiten‘“ zuwendet. Die hier gebotene kritische Bilanz der Lastenausgleichspolitik bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre ist gerade angesichts der gegenwärtigen Tendenz bedeutsam, Lastenausgleich und Vertriebenenintegration zum leuchtenden Vorbild heutiger Migrationspolitik zu stilisieren. Vor allem jedoch bietet Kittel hier wie an vielen anderen Stellen ein vielschichtiges Bild deutscher Vertriebenenpolitik in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Zu deren Geschichte gehören heute weitestgehend vergessene Phasen politischen Einklangs zwischen Vertriebenenverbänden und Sozialdemokratie. Entsprechende kongruierende Bemühungen seitens SPD und BdV um eine gerechtere Gestaltung des Lastenausgleichs zeichnet Kittel etwa für die erste Hälfte der 1960er Jahre nach.

Dieser Aspekt ist gerade angesichts des vierten und letzten Kapitels bedeutsam, welches die Entwicklung des Lastenausgleichs im größeren Zusammenhang der neuen Ostpolitik kontextualisiert. Wenn Kittel sich auch dagegen verwahrt, pauschal von einem „Schlusstrich unter die Vertriebenensozialpolitik“ zu sprechen, fasst er den unter der Regie-

rung von SPD und FDP vollzogenen Paradigmenwechsel doch mit klaren Worten zusammen: „Nach der massiven Kritik des BdV an den Ostverträgen und dessen Schulterschluss mit den Unionsparteien bestand aus sozialliberaler Sicht wenig Veranlassung, ausgerechnet die Interessen der organisierten Vertriebenen – noch dazu auf dem besonders kostenintensiven sozialpolitischen Feld – intensiver zu berücksichtigen. Dazu gab es von der Bildung bis zur Umwelt in viel zu vielen anderen Sektoren der Gesellschaft viel zu viele andere und teure Anliegen, deren Vertreter den Regierungsparteien näher standen.“

Waren somit nun die Heimatvertriebenen am Ende „Stiefkinder des Wirtschaftswunders“, wie der Titel der Studie fragt? Kittels differenzierter Blick, der das gesamte Buch prägt, bewahrt ihn vor einem pauschalen Urteil. Umso mehr, als er klar zwischen der faktischen Entschädigungsleistung und der mentalen Wirksamkeit des LAG unterscheidet. Letzte, so zeigt der Autor, wurde zudem durch den subjektiv wahrgenommenen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung und die gesamtgesellschaftliche Steigerung des Sozialstandards befördert. Vor diesem Hintergrund habe sich nur schwer ein politisches Verlangen nach einem besseren Ausgleich artikulieren können: „Dies galt umso mehr, als jenseits der bis zum Schluss vielfach unbefriedigenden Hauptentschädigung gerade auch kleine Ausgleichsleistungen wie die Ausbildungsförderung oder die Aufbaudarlehen ausgesprochen gut wirkten – und zwar nicht zuletzt in psychologischer Hinsicht.“ Daher kann sich Kittel auch seinem verstorbenen Fachkollegen Hans-Ulrich Wehler anschließen, der den „aus dem Lastenausgleich resultierenden Legitimitätszufluss für die zweite deutsche Demokratie“ hervorgehoben hatte.

Mit Kittels faktengestütztem Insistieren auf den Versäumnissen der Vermögensentschädigung korrespondiert das vielleicht entscheidendste Resultat seiner Studie.

Denn so wenig sich kollektiv von den Vertriebenen als „Stiefkinder[n] des Wirtschaftswunders“ reden lässt, so deutlich tritt doch das soziale bzw. sozialpolitische Schicksal einer konkreten Opfergruppe hervor – des ostdeutschen Mittelstandes. Dieses fasst Kittel im Epilog seines Buches erschütternd trefflich zusammen: „Das hauptsächlich materielle Ergebnis bestand darin, dass die Vertriebenen sowohl ihre ostdeutsche Heimat als auch ihr Eigentum dort, soweit vorhanden, verloren und dass viele nie eine auch nur annähernd dem Wert des Verlustes entsprechende Entschädigung erreichten. Gerade der gewerbliche und bäuerliche, auf Vermögen gegründete Mittelstand der früheren deutschen Staats- und Siedlungsgebiete im Osten hat in diesem Zusammenhang mit den größten sozialen Statusverlust realisiert, ja er wurde, wie ein Verbandsorgan Mitte der 1970er Jahre drastisch resümierte, durch das LAG, weitgehend dem Untergang überantwortet.“

Tilman Asmus Fischer

INFO

Manfred Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 182), Berlin 2020.

Treffen in München abgesagt

Aufgrund der Unsicherheiten, die mit der Entwicklung der Coronapandemie zusammenhängen, habe sich der Geschäftsführende Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft schweren Herzens zu einer Absage des für Ende November geplanten „Kleinen Sudetendeutschen Tages“ entschließen müssen, teilte der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und SL-Bundesvorsitzende Bernd Posselt mit.

Anerkennungsleistung an deutsche Zwangsarbeiter

Eine seit langem bestehende Gerechtigkeitslücke endlich geschlossen

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages im November 2015 über die Auszahlung einer einmaligen, symbolischen Anerkennungsleistung in Höhe von 2.500 Euro für diejenigen Deutschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit leisten mussten, trat am 1. August 2016 die entsprechende Anerkennungsrichtlinie in Kraft. Mit der Sonderleistung wird das schwere Schicksal der ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter symbolisch und finanziell anerkannt. Viele Jahre mussten die Betroffenen auf diese Entschädigung warten. Im Haushalt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) wurden für die Jahre 2016 bis 2018 Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro und für 2019 weitere 53,85 Millionen Euro zugunsten der Entschädigung zur Verfügung gestellt. Mit der praktischen Umsetzung des jahrelangen Anliegens wurde die Projektgruppe AdZ des Bundesverwaltungsamtes (BVA) betraut.

Schon wenige Wochen nach Inkrafttreten der AdZ-Richtlinie wurden die ersten Leistungsbescheide erteilt. Seitdem gingen monatlich mehrere tausend Anträge auf Zahlung der Anerkennungsleistung ein. Bis Ende der Antragsfrist waren es über 46.000. Mit einer so hohen Zahl hatte das BVA nicht gerechnet, daher dauerte die Bearbeitung länger als geplant. Die Antragsteller mussten bis zu zwei Jahre auf ihren Bescheid warten. Es bestand berechtigterweise die Sorge, den Abschluss des Verfahrens nicht mehr mitzuerleben. Denn 97 Prozent der Antragsteller, für die Zwangsarbeit geltend gemacht wird, sind 80 Jahre und älter. Notwendige Rückfragen bei den Antragstellern verzögerten die Bearbeitung der Anträge und die Auszahlung der Leistung zusätzlich. Eine besondere Herausforderung stellte die Kommunikation mit den hochbetagten Antragstellern dar, da diese oft wichtige Punkte bezüglich ihres Auf-

enthalts im Arbeitslager nicht präzisieren konnten. Das BVA reagierte auf die Bearbeitungsverzögerungen mit einer personellen Verstärkung der Projektgruppe und einem angepassten Bearbeitungsverfahren. Unter Berücksichtigung des hohen Alters der Antragsteller wurde ein zweigleisiges Bearbeitungsverfahren angewandt: Anträge des höchsten Geburtsjahrgangs wurden von einem Teil der Mitarbeiter sofort bearbeitet. Die restlichen Anträge wurden in der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, dankte den Mitarbeitern des BVA für ihre Arbeit und lobte die „besondere Einsatzbereitschaft und Empathie der Mitarbeiter“.

Die Antragsbearbeitung wurde im September 2020 beendet. Mit Ablauf des 30. September 2020 wurden 46.892 Anträge gestellt. Von diesen sind 38.746 positiv und 6.760 negativ beschieden worden. Ablehnungsgründe waren die versäumte Ausschlussfrist am 31. Dezember 2017, das Nichteinhalten der Stichtagsregelung nach § 6 Abs. 1 AdZ-RL, die fehlende deutsche Staats- oder Volkszugehörigkeit oder keine (eigene) Zwangsarbeit. 1.341 Verfahren wurden eingestellt. 89 AdZ-Antragsverfahren standen am 30. September 2020 noch zur Bearbeitung an. Nach Angaben der Projektgruppe AdZ kommen 32.817 Antragsteller aus der ehemaligen Sowjetunion, 4.717 aus Rumänien, 3.032 aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten inkl. Polen, 1.088 aus der ehemaligen Tschechoslowakei, 1.097 aus Deutschland und 4.110 aus sonstigen Ländern. 61 Prozent der Antragsteller sind weiblich, 39 Prozent sind männlich.

Am 14. September 2020 lud Beauftragter Fabritius ein Ehepaar aus Berlin Köpenick ins BMI zur symbolischen Übergabe der letzten beiden Anerkennungsbescheide ein und ge-

dachte damit stellvertretend des Leides aller Betroffenen. Die echten Bescheide und die Anerkennungsleistung hatten die Eingeladenen bereits vorher erhalten. Die feierliche Übergabe fand im Rahmen der letzten AdZ-Beiratssitzung statt. Damit endet die erfolgreiche Tätigkeit des sechsköpfigen Sachverständigenbeirats.

Nach jahrzehntelangen Bemühungen der deutschen Heimatvertriebenen und der politischen Partner des BdV konnte mit der AdZ-Richtlinie ein wichtiger symbolischer Erfolg erzielt werden. Eine seit langem bestehende Gerechtigkeitslücke wurde geschlossen und das Schicksal der ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter erfährt auf diese Weise eine symbolische und finanzielle Anerkennung. Die AdZ-Richtlinie hält die Erinnerung an das Sonderschicksal der ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter wach.

Wer aber sind diese Zwangsarbeiter und welche Schicksale verbergen sich hinter dem abstrakten Begriff Zwangsarbeit? Zum Ende der Antragsbearbeitung ließ der BdV nochmals Betroffene zu Wort kommen. Empfänger der Anerkennungsleistung erzählten von ihrem Zwangsarbeiterschicksal und was diese symbolische Geste für sie bedeutet. Wir danken allen herzlich, die uns von ihrem persönlichen Schicksal berichtet haben. Aus Platzgründen können wir an dieser Stelle leider nicht alle der zahlreich eingegangenen Erinnerungen abdrucken. Weitere Zuschriften finden Sie im Internet auf der Homepage des BdV unter www.bund-der-vertriebenen.de/themen-und-termine/entschaedigung-ziviler-deutscher-zwangsarbeiter.

Zwangsumsiedlung der Russlanddeutschen

Die Zwangsumsiedlung der Deutschen aus Russland begann bereits während des Zweiten Weltkrieges im

Jahr 1941 – unmittelbar nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion. Im Oktober/November 1941 wurde etwa jeder vierte Deutsche in die Arbeitsarmee („Trudarmee“) gezwungen. Einer davon war Johannes Weiz, 1923 in Schenthal geboren. Als er 18 Jahre alt war, wurde er mit seiner Familie nach Omsk deportiert, kurz nachdem er sein Medizinstudium in Engels beenden konnte. In Sibirien arbeitete er von Dezember 1941 bis 1947 in der Ambulanz. 840 andere Trudarmisten befanden sich mit ihm im Lager. Viele starben an Hunger und Krankheiten. Nach einem Jahr Zwangsarbeit wurde Johannes Weiz beschuldigt, unverhältnismäßig viele Lagerarbeiter krankzuschreiben.

Wegen Sabotage stellte man ihn unter Arrest. Im Gefängnis am Nordural wurde er sechs Wochen lang täglich verhört. Nach einer internen Untersuchung konnte Johannes Weiz entlastet werden und kam zur Genesung nach Iwdel. Bis zu seiner Freilassung arbeitete er in verschiedenen Sanitätsabteilungen. 1947 kehrte er nach Omsk zu seiner Familie zurück. Heute lebt Johannes Weiz in Deutschland.

Zweifach vertrieben: Deutsche aus Rumänien

Die Deportation der Volksdeutschen aus Rumänien begann im Januar 1945. Die Rote Armee und das sogenannte sowjetische „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten“ (NKWD) verschleppten ca. 75.000 Angehörige der deutschen Minderheit in die Sowjetunion. Ihnen wurde eine Kollektivschuld an der „Teilnahme Rumäniens am anti-sowjetischen Krieg und der Besetzung Rumäniens durch Nazideutschland“ unterstellt. Dies betraf insbesondere die Banater Schwaben, Sathmarer Schwaben und Siebenbürger Sachsen. Eingesetzt wurden die Zwangsarbeiter überwiegend in der Schwerindustrie und in Bergwerken. Die Bewohner des westlichen rumänischen Banats wurden im Juni 1951 erneut Opfer von Verschleppung, für

die das rumänische Innenministerium verantwortlich war. Etwa 10.000 Deutsche wurden in die Baragan-Steppe deportiert, um dort auf Feldern zu arbeiten und Häuser zu bauen. Ende 1955 durften die Deportierten in ihre Heimat zurückkehren. Einige wenige Großbauern wurden noch bis August 1963 im Baragan festgehalten.

Dieses Schicksal traf auch Jakob Müller, 1927 in Billed geboren. Von Januar 1945 bis Dezember 1949 leistete der Banater Zwangsarbeiter im Donezbecken. Ein Jahr arbeitete er als Schuhmacher, vier weitere in der Stahlerzeugung. Die Arbeitsstelle war drei Kilometer vom Lager entfernt und musste bei -35°C zu Fuß erreicht werden. Von den 1.600 Personen im Lager sei ein Drittel verstorben, so Müller. Die Toten wurden im Winter vor der Tür „wie Brennholz aufgeschichtet“. Nachts kamen die Hunde, die die Leichen fraßen: „Jedes Mal beim Rein- und Rausgehen hat man das Bild vor Augen gehabt. Aber man hat sich daran gewöhnt. Das ist dann gar nicht mehr aufgefallen.“ Zu essen gab es Krautsuppe, 750 g Brot für die Schwerstarbeiter und 500 g Brot für diejenigen, die „leichte“ Arbeit zu verrichten hatten. Die Vorräte von zu Hause waren schnell aufgebraucht. Untergebracht waren die Zwangsarbeiter in Baracken, in denen Ungeziefer und Wanzen den Zwangsarbeitern den Schlaf raubten. Am 22. Dezember 1949 wurde Jakob Müller entlassen und kehrte nach Billed zurück. Nach der Rückkehr leistete er drei Jahre Militärdienst in Bukarest. Davon zurück in Billed fand er sein Elternhaus enteignet vor. Seine Eltern waren unterdessen in die Baragan-Steppe verbannt worden. Jakob Müller erhielt die Anerkennungsleistung, von der er in der „Banater Post“ erfuhr. Der symbolische, wie auch der finanzielle Wert waren willkommen. „Dass man die Menschen, die so viel leiden mussten, nicht vergessen hat“, bedeutet Müller viel.

Martha Boltres (1926-2018), geborene Bolesch aus Nußbach im Burzenland, wurde am 13. Januar 1945

mit ihrem Bruder und vielen anderen Frauen, Männern und Jugendlichen in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt. „Das war für unser ganzes Sachsenvolk und die Banater Schwaben der Anfang vom großen Leid.“ Martha Boltres lernte im Spätherbst 1948 in einem der Lager ihren Mann Walter Boltres, 1927 in Neustadt im Burzenland geboren, kennen. „Jeder Tag forderte mehr, als man glaubte, geben zu können. Seelisch und körperlich geschwächt und brutal behandelt, hörte man auf, ein Mensch zu sein. ... Eigentlich dachte man nur noch daran, wie man einen Tag nach dem anderen überlebt“, erzählt Walter Boltres. Nach der Entlassung im Oktober 1949 folgten in Rumänien weitere schwere Jahre. Sie konnten keine schulischen oder beruflichen Ziele mehr umsetzen. „Enteignet vom gesamten Familienbesitz mussten sie auch in der fremd gewordenen Heimat wieder ums tägliche Überleben und gegen die Unterdrückung durch das kommunistische Regime kämpfen“, berichtet ihr Sohn. Familie Boltres erfuhr aus der „Siebenbürgischen Zeitung“ von der Anerkennungsleistung. Bei den Anträgen half ihnen ihr Sohn. Beide erhielten die symbolische Leistung und waren sehr dankbar dafür. Der Sohn richtet ihm Namen seiner Eltern ein großes Dankeschön dafür aus, „dass es diese AdZ überhaupt nach all den Jahren noch gab“.

Inge Weiss, in Kronstadt geboren, lebte in Reps als sie ins heutige Donezk deportiert wurde. Von Januar 1945 bis Oktober 1945 war sie im Lager Petrowka, wo sie im Kohlebergwerk arbeitete. Bei einem Unfall verletzte sie sich die Hand und konnte früher heimkehren. Die Hand ist bis heute sichtbar geschädigt. Zurück in Reps verhielten sich „Freundinnen, wie auch Bekannte, die in Reps geblieben waren, sehr zurückhaltend und unsicher“. Die Zurückgekehrten sprachen fast nie über ihr Schicksal. Die symbolische Anerkennungsleistung war anfangs noch uninteressant, da die Antragsformulare unübersichtlich und kompliziert gewesen seien. Erst mit den

vereinfachten Antragsblättern entschied sich Inge Weiss dazu, einen Antrag zu stellen. Ihre Tochter Astrid Kühn erzählt: „Sie hat sich sehr über das Geld gefreut, konnte es allerdings nicht mehr so nutzen, als wenn es früher gekommen wäre.“

Deutsche in Jugoslawien zu Feinden erklärt

Bis zu 30.000 Deutsche aus Jugoslawien wurden um die Jahreswende 1944/45 in die Sowjetunion deportiert und in Arbeitslager überführt. Etwa 16 Prozent davon kamen bereits in der Sowjetunion um. Das Lager Jarek war einer der Orte, an den man die deutschen Zwangsarbeiter verfrachtete. Hier waren bis zu seiner Schließung 1946 zwischen 15.000 und 17.000 Menschen interniert. Stefan Barth ist einer davon. Er lebte in Alt-Futok (Kreis Novi Sad), als er mit seiner kleinen Schwester, seinen Eltern sowie Großeltern im Dezember 1944 in das Lager kam. Er selbst war erst sieben Jahre alt. Zu seinen Aufgaben gehörten das Hüten der Kühe, Schafe und Schweine. Diese Arbeit verrichtete Stefan Barth barfuß, weil er keine Schuhe hatte. Später war er für das Essen der anderen Arbeiter verantwortlich. „Die Arbeiten waren für meine Eltern und Großeltern schwer, dauerten von früh bis spät am Tag und waren mit Schikanen verbunden“, berichtet Stefan Barth. Später kam die Familie zur Zwangsarbeit in die Kohlegrube Tresibaba Podvis bei Knjaževac in Südserbien. Das Haus, das sie bewohnten, war 18 m² groß, mit Küche und Schlafzimmer ausgestattet. Die Verpflegung sei schlecht gewesen und schwächte die Zwangsarbeiter zusätzlich. Viele seiner Freunde starben. Die Anerkennungsleistung hat er als „Wiedergutmachung Deutschlands für das erlittene Leid, Unrecht und die Verluste“ verstanden.

Tschechoslowakei: Internierung und Zwangsarbeit

Die tschechoslowakische Regierung errichtete ein Lagersystem, das aus

Internierungslagern, Arbeitslagern und Spezialgefängnissen bestand. Hier wurden 350.000 Deutsche eingesperrt und mussten Zwangsarbeit leisten. Im ersten Jahr nach Kriegsende hießen diese Lager noch Konzentrationslager und wurden auch als solche geführt. Es herrschten Hunger, Gewalt, völlig unzureichende hygienische Verhältnisse, eine mangelnde medizinische Versorgung und eine hohe Sterblichkeit. 1955 endete die Internierung deutscher Zwangsarbeiter in der Tschechoslowakei.

Gottfried König lebte in Römerstadt im Altvatergebirge, als er in ein solches Konzentrationslager nach Ungarisch Hradisch gebracht wurde. Mit seiner Mutter musste er in Buchlowitz auf einem Bauernhof Zwangsarbeit leisten. Eingesetzt wurden sie zum Holzfällen und in der Landwirtschaft. Später konnten Gottfried König und seine Mutter nach Römerstadt zurückkehren. „Leider hat meine Mutter die Entschädigung nicht mehr erlebt“, bedauert Gottfried König. „Für mich war es ein ganz klein wenig Entschädigung für das angetane Unrecht.“

Erinnerung an die Heimat in Ostpreußen

Im Oktober 1944 marschierte die Rote Armee in das östlichste Gebiet des Deutschen Reiches ein. Damit begannen Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Gezwungen, sein Zuhause zu verlassen, war auch Arno Scheffler, 1935 in Marienthal geboren. Mit seiner Mutter und seinen drei Geschwistern wurde er 1944 von der Roten Armee gefangen genommen. Arno Scheffler kam zunächst auf verschiedenen Bauernhöfen unter. Hungern musste er während seiner Arbeit als Hof-, Feld- und Ackerknecht nicht. Anders sei es in der Zeit kurz nach der Gefangennahme bis Februar 1945 gewesen. Nach der Freilassung wurde die Familie im Spätsommer 1948 als „Umsiedler“ aus der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik in die Sowjetische Besatzungszone gebracht.

Die nächsten Wochen verbrachten sie in Bobbau (Kreis Jesnitz), bis die Familie gemeinsam bei Oschersleben die Grenze überquerte. In der Schule wurde Arno Scheffler als „Russe“ und als „Kaschube“ beschimpft. Nach einem Jahr und acht Monaten Wartezeit erhielt Arno Scheffler die Anerkennungsleistung, die „höchstens ein symbolischer Akt“ sei – in Anbetracht der vier Jahre Arbeit ohne Lohn.

Das tragische Schicksal der Wolfskinder

Wolfskinder sind deutsche Säuglinge, Kinder oder Jugendliche hauptsächlich aus Ostpreußen, deren Eltern in Arbeitslager verschleppt wurden. Diese Kinder flüchteten ins benachbarte Litauen, wo sie als Bettler durch das Land zogen; ohne Unterkunft, Nahrung oder schulische Bildung. Einige litauische Familien nahmen Wolfskinder bei sich auf und ließen sie dafür Arbeiten im Stall, Haus oder draußen verrichten. „Sie haben litauische Namen und Geburtsänderungen erhalten, alles Deutsche war von da an weg“, erzählt Ursula Dorn, selbst ein Wolfskind. Ursula Dorn hat sich gemeinsam mit der Gesellschaft für bedrohte Völker darum bemüht, dass Wolfskinder bei der Anerkennungsrichtlinie berücksichtigt werden. Der Beirat zum Vollzug der Richtlinie für die Anerkennungsleistung an ehemalige Zwangsarbeiter ermutigte die Betroffenen einen Antrag zu stellen, wies aber darauf hin, dass „eine Anerkennungsleistung nicht für das Wolfskinder-Schicksal als solches, sondern allein für das besondere Kriegsfolgenschicksal der von den Wolfskindern abverlangten Zwangsarbeit erfolgen kann“.

Bruno Roepschläger, 1937 in Groß Hoppenbruch geboren, ist nach dem Krieg zum Waisenkind geworden. Er entschied sich, mit anderen Kindern nach Litauen zu gehen. Da die Kinder weder litauisch noch russisch sprachen oder verstanden, hatten sie große Schwierigkeiten in der neuen Umgebung zurechtzukommen. Die

Kinder halfen den Bauern, bei denen sie unterkamen, beim Holzhacken, Viehfüttern und Saubermachen. Bruno Roepschläger lernte in den drei Jahren die litauische Sprache, verlor aber gleichzeitig seine Muttersprache. Die Anerkennungsleistung sei keine Entschädigung für das, was sie wegen dem Krieg verloren haben: „Keine Millionen können unseren Schmerz beruhigen!“ Dafür, dass die Wolfskinder berücksichtigt wurden und Beachtung finden, ist Bruno Roepschläger aber sehr dankbar.

Zwangsarbeiterschicksal in Ungarn

Aus Ungarn wurden etwa 35.000 Deutsche zum Wiederaufbau in die Sowjetunion verschleppt. Die Deportation begann zu Weihnachten 1944 und dauerte bis Ende Februar 1945 an. Mehr als 9.000 davon starben aufgrund von Unterernährung, Krankheit und unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Zahl der heute in Ungarn verbliebenen Deutschen wird auf 200.000 Personen geschätzt. Durch die deutschen Auslandsvertretungen und über Organisationen der deutschen Minderheit vor Ort erfuhren die Betroffenen von der Anerkennungsrichtlinie. So auch Anna Halbich aus Újpetre, die inzwischen leider verstorben ist. Sie machte von der Hilfe durch die deutschen Selbstverwaltungen in Ungarn Gebrauch. In Grozny musste Anna Halbich Öl- und Gasrohre aus dem Boden ausgraben und später wurde sie für landwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt. 13 Monate war sie in einem Lager in Krosnik, wo sie unter Kälte und Hunger arbeitete. 25 Menschen „wohnten“ dort zusammen in einem Erdloch. Im Dezember 1945 wurde Anna Halbich wegen Typhus entlassen. Als sie in ihr Dorf zurückkehrte, warteten sehr viele Menschen. „Man hatte Mitgefühl“, schreibt sie. In der Nachkriegszeit hatte Anna Halbich zu leiden: „Alles hat man uns weggenommen: Mais, Weizen, Tiere und auch das Feld.“ Die erhaltene Anerkennungsleistung teilte Anna Halbich

unter ihren Enkeln, Urenkel- und Urenkelkindern auf.

Menyhértné Schaueremann, 1923 in Hidas geboren, wurde im Dezember 1944 nach Donbass in das Lager 1030 deportiert. Dort arbeitete sie in der Offiziersküche, später im Bergwerk. Ohne Informationen über Mann, Kind und Eltern war besonders die Anfangszeit schwer zu ertragen. Hunger, Kälte und harte Arbeit bestimmten das Leben. Später bekam man Lohn für die Arbeit und konnte sich so Essen kaufen, „aber die Sehnsucht nach Familie und Heimat blieb brennend schmerzhaft“. Der Alltag war eintönig. Wenn sie nicht arbeitete, war sie in der Baracke zusammen mit 40 weiteren Frauen. Manchmal konnte sie die Zivilbevölkerung besuchen. Nach mehreren schweren Arbeitsunfällen wurde sie 1948 nach Ungarn heimtransportiert. Nach der Rückkehr kam Menyhértné Schaueremann bei ihrem Bruder und ihrer Mutter unter, die Haus und Hof verlassen mussten und eine andere Wohnung im Dorf bewohnten. Dort sah sie auch endlich ihren Sohn wieder, den sie 1941 zur Welt gebracht hatte. Von der Anerkennungsleistung erfuhr sie von mehreren Stellen: Von Bekannten aus Deutschland, vom deutschen

Konsulat in Pécs und dem Verband der Branauer Deutschen Selbstverwaltungen Pécs. Für die Anerkennungsleistung ist sie sehr dankbar: „Diese Summe ist in Ungarn schon nennenswert. Ich fand sie als eine sehr wohlthuende Geste.“

Xenia Buchholz

INFO

Ihre Heimat wurde ihnen gewaltsam genommen und eine neue Heimat zu finden und sich in ihr zurechtzufinden, war für die Vertriebenen keineswegs einfach. Trotz der selbst erlittenen Gewalt und Rache haben die Heimatvertriebenen mit ihrer Charta Frieden mit den Völkern Europas geschlossen und darin den Verzicht auf Rache und Vergeltung erklärt. Damit haben sie für ein bisschen mehr Frieden im Nachkriegsdeutschland gesorgt und einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung geleistet. In diesem Jahr feiert die Charta der Heimatvertriebenen ein besonderes Jubiläum: Den 70. Jahrestag ihrer Verkündung. Nicht zuletzt dem Einsatz der deutschen Heimatvertriebenen haben wir es zu danken, dass wir heute in einem versöhnten und friedlichen Europa leben.

DOD/4/2020

Schicksal deutscher Zwangsarbeiter Teil unserer gemeinsamen Erinnerungslandschaft

Anerkennungsleistung späte symbolische Geste an Betroffene

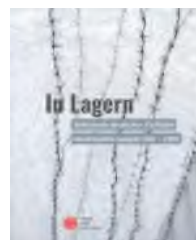
Anlässlich der letzten Beiratssitzung zur Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter (AdZ) erklärt BdV Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Mit der Anerkennungsleistung wurden wichtige Impulse für die weitere Aufarbeitung des Themas geliefert. Ergebnis dessen ist etwa die Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941 - 1955“ unserer Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, ein Anwachsen unserer BdV Zeitzeugen-

datenbank in diesem Bereich, aber auch viele biografische Veröffentlichungen der letzten Jahre.

Außerdem ist es gut, dass sich der Beirat zur AdZ Richtlinie erfolgreich für einen Übergang der Akten ans Bundesarchiv eingesetzt und somit grundlegende Forschung ermöglicht hat.

Dies alles zeigt: Das Sonderschicksal ziviler deutscher Zwangsarbeiter wird langsam als selbstverständlicher Teil unserer deutschen Erinnerungslandschaft wahrgenommen.



Rumänien wird zur Entschädigung für Unrechtsenteignung verpflichtet

Wichtiges Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Wie Rechtsanwalt Dr. Bernd Fabritius (München) mitteilt, ist am 29. September 2020 ein wichtiges Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus Straßburg zugestellt worden: In der Sache 45088/06 wurde Rumänien verpflichtet, der Antragstellerin für die Enteignung eines Hofes in Marktschelken in Siebenbürgen/Rumänien im Zusammenhang mit der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien sowie der Vereitelung der gesetzlich vorgesehenen Natural-Restitution durch Weiterverkauf durch den Staat an Dritte eine Entschädigung in Höhe von 55000 Euro sowie Auslagen und Kosten zu zahlen.

Der Gerichtshof hat damit eine Verletzung des Eigentumsschutzes nach Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention bestätigt. Rumänien wurde verpflichtet, die Kläger in Höhe des aktuellen Zeitwertes des enteigneten Vermögens zu entschädigen. Das Anliegen der siebenbürgisch-sächsischen Familie wurde zuerst von rumänischen Gerichten in allen Instanzen abgelehnt. Die gesetzlich vorgesehene Naturalrestitution war von der Gemeinde vereitelt worden. Dagegen hatte Rechtsanwalt Dr. Bernd Fabritius Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt. Dieser Klage wurde nun stattgegeben, das Urteil des EGMR ist endgültig. Rumänien ist nun verpflichtet, innerhalb von drei Monaten das Urteil zu erfüllen. Ansonsten erfolgt gemäß Artikel 46, Absatz 2, der Konvention die Zwangsvollstreckung in der Zuständigkeit des Ministerkomitees des Europarates.

Nach Zugang dieses Urteils erklärte Rechtsanwalt Fabritius gegenüber dieser Zeitung: „Es ist beschämend, dass Rumänien auch 30 Jahre nach der Wende und trotz eines sonst mu-

stergültigen Minderheitenrechtes die Problematik einer gerechten Restitution von Unrechtsenteignungen der kommunistischen Zeit noch nicht in den Griff bekommt. Missbrauch und manchmal gezielter Rechtsbruch auf örtlicher Ebene bleiben oft ungesühnt und zwingen Betroffene, wie hier, in viele Jahre dauernde Rechtsstreitigkeiten. Auch in diesem Fall kamen aus Rumänien regelmäßig ablehnende Schriftsätze. Erst

nach vielen argumentativen Gefechten und inzwischen 14 cm Akten kam nun endlich das -einstimmige - Urteil aus Straßburg. Das zeigt mir: Gerechtigkeit siegt, man muss nur dranbleiben! Ich freue mich sehr für die Antragsteller, die nun ihr Recht bestätigt bekommen haben. Rumänien bleibt aufgefordert, auch ohne jahrzehntelange Rechtsstreitigkeiten europäische Rechtsstandards in allen Bereichen umzusetzen.“

Bundesaussenminister Heiko Maas würdigt Klaus Johannis Magdeburg ehrte Rumäniens Staatspräsident mit Kaiser-Otto-Preis

Mit dem Kaiser-Otto-Preis, dem wichtigsten Kulturpreis der Landeshauptstadt Magdeburg, ehrt die Stadt in Erinnerung an Kaiser Otto den Großen (912-973) Persönlichkeiten bzw. Institutionen, die sich um die Förderung des europäischen Gedankens verdient gemacht haben und sich für Dialog, Frieden und Verständigung einsetzen. Die Verleihung des nichtdotierten Kaiser-Otto-Preises an Klaus Johannis war im Zuge der Corona-Pandemie auf den 14.10. verschoben worden. An dem Festakt im Dom St. Mauritius nahmen neben der sachsen-anhaltischen Justizministerin Anne-Marie Keding viele weitere hochrangige Vertreter aus Politik, Kultur und Gesellschaft teil.

Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper würdigte mit dem Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis „einen überzeugten Europäer, der in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen engagiert für den Zusammenhalt und die weitere Entwicklung der europäischen Gemeinschaft steht und wichtige Impulse setzt“.

Bundesaußenminister Heiko Maas würdigte den rumänischen Staats-

präsidenten Klaus Johannis in seiner Laudatio als einen „großen Europäer und engen Freund unseres Landes“. Für Johannis seien die Entwicklung und der Wohlstand Rumäniens untrennbar verbunden mit der Entwicklung und dem Wohlstand Europas. Als Angehöriger der deutschen Minderheit der Siebenbürger Sachsen wisse Klaus Johannis um den „Wert der Vielfalt“. Dies sei vielleicht einer der Gründe, „warum er so leidenschaftlich für den europäischen Gedanken eintritt“ und „sich für die gemeinsamen Werte einsetzt, die uns zusammenhalten in Europa“.

Siebenb. Zeitung 25.10.2020



Mit dem Kaiser-Otto-Preis geehrt: Staatspräsident Klaus Johannis (rechts) an der Seite seines Laudators, Bundesaußenminister Heiko Maas. Bildquelle: Rumänisches Präsidialamt

Wendlingen am Neckar: „Treffpunkt Stadtmittte“ Egerländer Informationszentrum fand neuen Platz im Wendlinger Stadthaus

Das Vinzenzifest in Wendlingen am Neckar (Kreis Esslingen) hat eine mehr als 300jährige Tradition, die die heimatvertriebenen Egerländer, für die die Stadt 1966 die Patenschaft übernahm, mitgebracht hatten.

Wendlingen sieht sich in der Verantwortung, alte Traditionen aufrechtzuerhalten. Die Stadt will auch der neuen Generation den Gedanken von Tradition und Geschichte nahebringen.

Seit 1952 wird das Vinzenzifest alljährlich mit der Egerländer Gmoj und den Heimat- und Trachtenverbänden als eines der größten Brauchtumsfeste in Baden-Württemberg gefeiert. Wegen seiner langen Geschichte ist es bis

heute ein Kulturgut höchsten Ranges. Das Fest hat sich mittlerweile zu einem Stadtfest entwickelt, bei dem viele Akteure aus ganz Wendlingen mitwirken. Das Stadtfest für Jung und Alt bietet kulinarisch, traditionell und kulturell ein Wochenende lang viel Abwechslung.

Es hat jedoch auch einen politischen Gedanken, denn es war auch immer ein Fest der europäischen Aussöhnung. Mehr denn je brau-

chen wir in Deutschland und Europa heute den ehrenamtlichen Einsatz für unsere Gesellschaft und für die Völkerverständigung.

Ende 2009 fand das Egerländer Informationszentrum einen neuen Platz im Wendlinger Stadthaus „Treffpunkt Stadtmittte“. Hier fanden einige der vielen historischen Exponate und Dokumente einen Ausstellungsraum. Interessierte Besucher haben die Möglichkeit, einen

umfassenden Überblick über die Geschichte und Gegenwart der Egerländer zu gewinnen. Zu sehen sind auch die traditionelle Tracht der Egerländer und ein Film des Südwestrundfunks über das 50. Vinzenzifest in Wendlingen am Neckar.



Egerländer Panorama im Treffpunkt Stadtmittte

Kulturstiftung vermittelt: Einsatz für den Erhalt des Heimatmuseums Nordböhmisches Niederland in Böblingen

Im Zuge der Neukonzeption der Böblinger Museumslandschaft besteht bei den Verantwortlichen des Heimatmuseums Nordböhmisches Niederland die Befürchtung, dass man zukünftig keine Räume mehr zur Verfügung haben wird, um die Exponate der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Peter Pinkas, der das Heimatmuseum Nordböhmisches Niederland in Böblingen seit zehn Jahren ehrenamtlich betreut, wandte sich daher an die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit der Bitte um Unterstützung.

Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, schrieb daraufhin umgehend an Böblingens Oberbürgermeister Dr. Stefan Belz und warb nachdrücklich darum „sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass das Heimatmuseum Nordböhmisches Niederland als lebendiger Ort der Erinnerung im Zuge einer

Neukonzeption des Stadtmuseums“ erhalten bleibt.

Die Heimatsammlung des Bundes der Niederländer in Böblingen besteht schon seit 1955 und ist seit 1987 in den oberen Stockwerken der ehemaligen Vogtsscheune am Marktplatz beheimatet.

Nachdem sich die Kulturstiftung eingeschaltet hatte, kam Bewegung in die Causa. In seinem Antwortschreiben verwies Böblingens Oberbürgermeister Dr. Belz Anfang September darauf, dass es derzeit keinen Beschluss gebe, das Heimatmuseum zu verdrängen oder zu schließen und ein solcher Beschluss auch für die nächste Zeit nicht angestrebt werde.

Bei einem persönlichen Austausch, der auf Initiative des Böblinger CDU-Landtagsabgeordneten Paul Nemeth und des Böblinger CDU-Bundestagsabgeordneten Marc

Biadacz vor Ort stattfand und bei dem auch Thomas Konhäuser, der Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen dabei war, lautet die klare Botschaft nach dem Gedankenaustausch: Das Heimatmuseum Nordböhmisches Niederland ist eng mit der Stadtgeschichte Böblingens verbunden. Die Stadt Böblingen sollte die 1964 übernommene Patenschaft tatkräftig erneuern, anstatt über eine mögliche Museumsschließung nachzudenken.

„Auch wenn immer weniger Menschen persönliche Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben, ist das Erinnern weiterhin wichtig. Und gerade in der heutigen Zeit kann die beispielhafte Integration der nordböhmischen Niederländer in Böblingen vielen Zuwanderern als großes Vorbild dienen“, erklärte Paul Nemeth.

Würdige Preisträger für den Russlanddeutschen Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg

Minister Thomas Strobl: „Der Russlanddeutsche Kulturpreis bezeugt, dass das Land Baden-Württemberg den besonderen Beitrag der Russlanddeutschen zur Kultur in Deutschland wertschätzt“

Im zweijährigen Turnus vergibt das Land Baden-Württemberg den Russlanddeutschen Kulturpreis für hervorragende Leistungen auf kulturellem Gebiet, dieses Jahr für den Bereich Literatur. Grundsätzlich besteht der Kulturpreis aus einem mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis und zwei Förderpreisen bzw. einem Förderpreis und einer Ehrengabe in Höhe von jeweils 2.500 Euro. Hierbei sind die Förderpreise insbesondere für jüngere Kulturschaffende vorgesehen, welche noch am Anfang ihrer künstlerischen Entwicklung stehen. Die Preise sind zugleich Ausdruck der Patenschaft Baden-Württembergs über die Landsmannschaft der Russlanddeutschen und werden in erster Linie russlanddeutschen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut der Russlanddeutschen repräsentiert.

„Die von einem besonderen historischen Schicksal geprägten Russlanddeutschen erbringen mit ihrem kulturellen Schaffen einen eigenen Beitrag zum kulturellen Leben in Deutschland. Diesen wertvollen Beitrag zeichnet das Land Baden-Württemberg mit seinem Russlanddeutschen Kulturpreis aus“, resümiert der Stv. Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, der zugleich Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler in Baden-Württemberg ist.

Aus einer Vielzahl eingegangener qualifizierter Bewerbungen hat die Jury, deren Mitglieder von Seiten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württembergs, der Künstlergilde e.V., Esslingen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland benannt wurden, die Preisträger im Jahr 2020 ausgewählt.

Den Hauptpreis sprach die Jury Eleonora Hummel zu. Die Jury hob in der Begründung dieser Entscheidung unter anderem hervor, dass sich Eleonora Hummel breitenwirksam mit ihrem kulturellen Hintergrund auseinandersetze. In bemerkenswerter Weise gelinge es ihr, Themen wie zum Beispiel die Erinnerungskultur und Mehrfachzugehörigkeit nicht nur für Personen mit russlanddeutschem Zuwanderungshintergrund zu platzieren, sondern diese in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu überführen. Ihre Texte ermöglichen damit sowohl das Selbstverstehen von Russlanddeutschen wie auch das Fremdverstehen durch die Mehrheitsgesellschaft. „Dies sind wünschenswerte Grundlagen, um Prozesse wie die der kulturellen Navigationsfähigkeit kraftvoll anzustoßen“, begründete die Jury ihre Entscheidung.

Eine Ehrengabe soll der russlanddeutsche Dichter, Prosaiker, Dramatiker und Übersetzer Wendelin Mangold erhalten. Die Jury ehrt damit „ein besonderes, beispielgebendes und sehr individuelles Lebenswerk eines Altmeisters, der einen der ersten Plätze der russlanddeutschen Gegenwartsliteratur in Anspruch nehmen darf“. Keiner der russlanddeutschen Autoren habe in vergangener Zeit so viel geleistet wie Wendelin Mangold, dessen literarisches Werk auffällig scharfsinnig, tiefgründig und grenzüberschreitend sei. Die Jury schloss ihre Würdigung mit den Worten: „Mit seiner über Jahrzehnte langen literarischen Tätigkeit hat Wendelin Mangold ein gedankenreiches, experimentelles und tiefsinniges Werk entwickelt, das Generationen von russlanddeutschen Autorinnen und Autoren prägen wird.“

Als Trägerin des Förderpreises wurde Katharina Martin-Virolainen ausgewählt. Ihr Sammelband „Im letzten Atemzug“ dokumentiere ihre Suche nach Identität, Zugehörigkeit und der echten Heimat. In kurzen autobiographischen Erzählungen und Berichten verleihe sie ihren russlanddeutschen Landsleuten eine Stimme, der zu folgen sich lohne. Ihr sei es gelungen, auf leidenschaftliche Weise das verschwommene Bild der Vergangenheit zu beleben und es erneut aufleuchten zu lassen. Die Jury betonte ergänzend: „Bei aller Düsternis der schwierigen Umstände, unter denen die russlanddeutsche Volksgruppe leiden musste, zeichnen sich in den Darbietungen der angehenden Schriftstellerin deutliche Umrisse einer erfreulichen Gegenwart ab, auf die sie als Zugehörige nicht verzichten kann.“

Die Verleihung des Russlanddeutschen Kulturpreises wird am 10. Dezember 2020 an die Preisträgerinnen und Preisträger stattfinden.

*PM Ministerium für Inneres,
Digitalisierung und Migration
13.10.2020*

70 JAHRE • Bund der Vertriebenen Remscheid

Herzliche Einladung
zum Dankgottesdienst mit Pfarrer Lukaschek
Dienstag, 1. Dezember um 15 Uhr
in St. Elisabeth Geradstetten

**RECHT AUF HEIMAT
FÜR ALLE**



Musikalische Umrahmung:
Schola des Kath. Kirchenchorus St. Michael unter der Leitung
von Florian Klütz

Im Anschluss an den Gottesdienst wird die Jubiläumsschrift mit
dem Titel **RECHT AUF HEIMAT – FÜR ALLE** ausgegeben.

B&V Bitte denken Sie beim Besuch des
Gottesdienstes an Ihren Mund-Nasen-Schutz

Sudetendeutsches Museum in München eröffnet

Innerhalb der deutschen Museumslandschaft sind in den vergangenen Jahren mehrere Landesmuseen entstanden, die sich dem kulturhistorischen Erbe jener Deutschen widmen, die zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat im damaligen sowjetischen Machtbereich vertrieben wurden. Dazu zählen das Schlesische Museum zu Görlitz, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm, das Siebenbürgische Museum in Gundelsheim und das Pommersche Landesmuseum in Greifswald.

Am 12. Oktober 2020 konnte in

München auch ein Sudetendeutsches Museum eröffnet werden. Die Baukosten von rund 26 Millionen Euro trug zu zwei Dritteln der Freistaat Bayern, ein Drittel übernahm der Bund. Die rund 900 ausgestellten Exponate stammen überwiegend aus Privatbesitz und erzählen auf rund 1.200 Quadratmetern Ausstellungsfläche die sudetendeutsche Geschichte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Monika Grütters, die Präsidentin des Bayerischen Landtages, Ilse Aigner, und Volksgruppensprecher Bernd Posselt durchschnitten das vor der Museumspforte gespannte Band. Der sudetendeutsche Bischof von Regensburg, Rudolf Voderholzer, weihte, assistiert

vom Präses der sudetendeutschen Katholiken, Monsignore Dieter Olbrich, das architektonisch ansehnliche Gebäude. Die Evangelische Kirche vertrat der Regionalbischof für München und Oberbayern, Christian Kopp, das Gedenken an die Landsleute jüdischen Glaubens Rabbiner Steven Langnas.

So sehr das Museum den Sudetendeutschen tiefere Einblicke geben will und gibt, wurde es in erster Linie für jene geschaffen und ausgestaltet, zu deren Wissens- und Beobachtungsgebieten die Sudetendeutschen, ihr Land und ihr Schicksal nicht gehören, beginnend mit Schulklassen aus Deutschland und der Tschechischen Republik und noch lange nicht endend bei interessierten Außenstehenden und „Laufkundschaft“ angesichts der Nähe zum Haus des Deutschen Ostens und zum Münchner Kulturzentrum Gasteig.



Eröffnung durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landtagspräsidentin Ilse Aigner l.i.B., Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters r.i.B.



Der beeindruckende Neubau



Blick in den Innenbereich

Fotos: Herbert Fischer



LUDWIGSBURG

Die Stadt Ludwigsburg gratuliert zur Eröffnung des Sudetendeutschen Museums in München. Wir freuen uns, dass dadurch das Leben der Menschen und deren Vertreibung dokumentiert werden. Auch das Schicksal der Kuhländler ist ein Thema. Für diese vertriebenen Sudetendeutschen hat Ludwigsburg 1962 eine Patenschaft übernommen. Dazu gehört das Kuhländler Archiv mit Heimatstube und einem Museum über die Geschichte und das Leben im Kuhländchen.

Ludwigsburg schloss 2012 eine Städtepartnerschaft mit Nový Jičín, als Neutitschein die frühere Hauptstadt des Kuhländchens. Beide Seiten haben unermessliches Leid erfahren. Wir pflegen die Städtepartnerschaft auch als lebendige Brücke der Versöhnung zwischen Vertriebenen und heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern.

Trachtenfest der Banater Schwaben in der Patenstadt Göppingen Appell des Oberbürgermeisters Guido Till: „Bleiben Sie Banater Schwaben, das ist gut so“

Bei blauem Himmel und strahlendem Sonnenschein wurde die Hohenstaufenstadt Göppingen am 4. Oktober 2020 Schauplatz eines besonderen Trachtenfestes. Wo, wenn nicht hier, in der Patenstadt der Banater Schwaben, sollte die erste Präsenz-Veranstaltung des Landesverbandes Baden-Württemberg nach dem Corona-Lockdown im März stattfinden. Um es mit den Worten des Landesvorsitzenden Richard S. Jäger zu sagen, war dieses Trachtenfest ein erster kleiner Lichtblick, dass sich das Verbandsleben wieder vorsichtig ent-

wickeln und aufzubauen. Und das sei das Allerwichtigste. In Göppingen trafen viele verschiedene Kulturen aufeinander, das mache den Facettenreichtum und damit auch den kulturellen Reichtum dieser Stadt aus. „Bleiben Sie Banater Schwaben, das ist gut so“, lautete der Appell des Oberbürgermeisters.

Ein herzliches Willkommen galt auch Hartmut Liebscher, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg (BdV). Denn, dass die Anliegen der Landsmannschaft auch auf politischer Ebene Gehör finden, dafür Sorge auch der Bund der Vertriebenen. Liebscher zeigte sich in seinem Grußwort sehr erfreut darüber, dass die Banater Schwaben es gewagt hatten, diese Veranstaltung durchzuführen.

„2020 ist für alle ein schwieriges Jahr, alle mussten lernen, mit einer neuen Gefahr, einer Pandemie, verantwortungsvoll umzugehen und dennoch die unverzichtbaren Begegnungen und das kulturelle Leben, das für die Gemeinschaft der Banater Schwaben so wichtig ist, wieder aufleben zu lassen.“

Startpunkt der Veranstaltung war das Heimatmuseum im Alten Kasten in der Schlossstraße. Von hier aus zogen die Trachtenpaare in ihren schmucken banatschwäbischen Trachten, begleitet von der „Original Banater Schwabenkapelle“ aus Göppingen und vielen Schaulustigen, durch die Straßen Göppingens bis zum Rathaus. Hier begrüßte Richard Jäger die Ehrengäste, allen voran den Oberbürgermeister der Stadt Göppingen Guido Till sowie den Leiter der Hauptverwaltung Willi Schwaak.

In seinem Grußwort hob Oberbürgermeister Till dann nochmals die

besondere Verbundenheit mit den Banater Schwaben hervor. Die Banater Schwaben und die Göppinger seien nicht etwa zusammengewachsen, vielmehr hätten die Banater Schwaben nach dem Krieg und später alle Kraft gegeben, die Stadt Göppingen gemeinsam zu ent-



Der Trachtenumzug fiel diesmal zwar kleiner aus, doch ein Blickfang waren die schmucken banatschwäbischen Trachten allemal.

Foto: Cornel Simionescu-Gruber

BdV-KV Schwäbisch Gmünd Christine Effert zur Nachfolgerin von Oswald Lehnert als BdV-Kreisvorsitzende gewählt

Ungeachtet der Corona-Pandemie und unter strenger Beachtung der Hygiene-Vorschriften fand am 4. September 2020 im Gasthaus „Drei König“ die Jahresversammlung des BdV-Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd statt.

Eröffnet wurde diese mit einem Gedenken an den vor einem Jahr verstorbenen, langjährigen und allseits hochgeschätzten Kreisvorsitzenden Oswald Lehnert. Margit May, Kreisgeschäftsführerin und kommissarische Kreisvorsitzende berichtete sodann über mehrere Versammlungen und Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres, ergänzt durch den Kassen- und folgend den Kassenprüfungsbericht von Frau Molner. Nach erteilter Entlastung wurde einstimmig als BdV-

Kreisvorsitzende Frau Christine Effert zur Nachfolgerin des verstorbenen Oswald Lehnert gewählt. Zum Stellvertreter wurde Herr Kurt Kohl gewählt.

Die Geschäftsführung bleibt weiter in den bewährten Händen von Frau Margit May.

Der Neuwahl folgte ein Referat von Ulrich Klein als Vertreter des BdV-Landesverbandes. Er dankte insbesondere Frau May für ihre Arbeit als stellvertretende Kreisvorsitzende und die damit verbundene Herausforderung. Die geplanten Vorhaben und deren Erörterung standen am Ende der vom Willen der Weiterarbeit des BdV-Kreisverbandes auch in Zeiten der Corona-Pandemie geprägten Kreisversammlung.

Fünfzig Jahre BdV-Nachrichten

Mit der vorangegangenen Ausgabe September/Okttober/November 2020 blicke ich zurück auf 50 Jahre verantwortliche Herausgabe unserer BdV-Nachrichten. Daran hat sich auch nach meinem Ausscheiden als BdV-Landesgeschäftsführer 2015 bis heute nichts geändert.

Es war in all den Jahren mein Bemühen, Sie bestmöglichst über die verbandlichen Aktivitäten sowie die vertriebenen-, deutschland- und europapolitischen Entwicklungen zu informieren.

Wer immer sich auch in die „gesammelten Werke“ hineinliest, muss beeindruckt sein von dem bewundernswerten, fast ausschließlich ehrenamtlichen Einsatz ungezählter heimatvertriebener Landsleute auf allen Verbandsebenen von BdV und Landsmannschaften zum Wohle ihrer Schicksalsgefährten und dem gesamten Gemeinwohl.

Mir liegt daran, mit einem kurzen Rückblick auf 50 Jahre Verbandsgeschichte dies nochmals wie folgt in Erinnerung zu rufen:

Auseinandersetzung um die Ostverträge wie auch die EKD-Denkschrift in den 70iger-Jahren, das Ringen um das Recht auf „die Heimat“, Durchführung der Charta-Feiern mit

höchsten staatlichen Repräsentanten im 5-jährigem Turnus in unserer Verantwortung, Großveranstaltungen „Heimat in Europa“ in den großen Städten unseres Landes sowie die von unseren Kreisverbänden jährlich durchgeführten „Tage der Heimat“, Mitwirkung bei der Eingliederungsarbeit insbesondere heimatvertriebener Landwirte und später der großen Zahl von Spätaussiedlern, Eröffnung des Hauses der Heimat in Stuttgart, Durchsetzung der verbindlichen Verankerung des Themas „Flucht und Vertreibung“ im Unterricht sowie der Herausgabe der Lehrerhandreichung hierzu, Durchführung der großen Landesausstellung IHR UND WIR, die Verankerung der Charta Gedenktafel vor dem Neuen Schloss und schließlich auch die vertriebenenpolitische Einbindung in der Landesregierung. Unter dem Dach des BdV haben auch die Arbeitsgemeinschaften der heimatvertriebenen Frauen, der heimatvertriebenen Lehrer, der heimatvertriebenen Bauern, und der heimatvertriebenen Wirtschaft mit ihrer beraten-

den Tätigkeit und ihren alljährlichen Tagungen wichtige Arbeit geleistet. Dies gilt insbesondere auch für die alljährlichen Landeskulturtagungen sowie die Busreisen mit weitgesteckten Zielen auch zu den Veranstaltungen zum Tag der Heimat in Berlin. Schließlich: Regelmäßige Gespräche mit den Landtagsfraktionen. Bildung eigener Wählerinitiativen zu den jeweiligen Landtags- und Bundestagswahlen und damit verbundenen Aktivitäten.

Dies und vieles mehr ist in den BdV-Nachrichten dokumentiert.

Nachhaltig in meiner Erinnerung vor allem auch die BdV-Landesvorsitzenden Dr. Karl Mocker, Helmut Haun, Gustav Wabro und Arnold Tölg. Viele weitere Namen wären zu nennen, doch wo anfangen, wo aufhören? Ich bitte hier um Verständnis.

Nun also eine neue Ausgabe unserer BdV-Nachrichten. Die durch Corona herbeigeführten Auswirkun-



Ein halbes Jahrhundert Verbandsgeschichte festgehalten und inzwischen zusammengefasst in 8 Bänden. Foto: Kilian



gen sind noch nicht in vollem Umfang einschätzbar. Umso wichtiger ist es, mit Gottvertrauen der Zukunft ins Auge zu schauen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr, hoffend, Ihnen mit der neuen Ausgabe unserer BdV-Nachrichten Sie Interessierendes und Lesenswertes vermittelt zu haben.

Es grüßt Sie in Verbundenheit

Thor Alrich Klein

Nachbemerkung

Kurz vor Redaktionsschluss strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen den 2-Teiler „Altes Land – Bleiben“ mit Iris Berben als Hauptdarstellerin aus.

Dieser Film der kleinen Vera mit ihrer Mutter Hildegard spiegelt das Schicksal von Flucht und Vertreibung aus ihrer ostpreußischen Heimat in tiefberührender Weise wider. Der Verlust ihres Kindes, erfroren und

zurückgelassen auf ihrer Flucht über die zugefrorene Ostsee, von Hof und Heimat vertrieben und im Alten Land als Polackin empfangen, dies alles vermittelte das schauerhafte, bis heute in unserer Gesellschaft und insbesondere den Medien weithin verdrängte Geschehen von Flucht und Vertreibung, von Deportation und Zwangsarbeit (s. auch „In Lagern“ Seite 11). Die weithin feststell-

bare Geschichtsvergessenheit ist auch Thema des folgenden Leserbriefes unseres Mitglieds Manfred Sommer. Ganz ähnlich schrieb er auch an Bundespräsident Walter Steinmeier, der anlässlich seiner Rede am Tag der Deutschen Einheit jeden Hinweis auf den Verlust eines Drittels unseres Staatsgebietes als Preis für die Deutsche Einheit vermied. uk



Meine erste Begegnung mit dem BdV 1954 (!) anlässlich einer Sitzung des BdV-Kreisvorstandes Heidelberg-Stadt/Land (zur damaligen Zeit noch genannt IDAD-Interessengemeinschaft der ausgesiedelten Deutschen), an welcher ich für den Jugendverband DJO/Deutsche Jugend des Ostens teilgenommen habe.

Tag der Deutschen Einheit – Geschichte vergessen

Im Interview mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse wird davon gesprochen, das kaum noch jemand die Bedeutung des 3. Oktobers als Tag der Deutschen Einheit erklären kann. Demnach ist der 3. Oktober 1990 als Datum des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland der Erinnerung fast entschwunden. Das ist leider nicht das einzige Ergebnis deutscher Geschichtsvergessenheit.

Noch viel weniger bekannt ist allgemein die Bedeutung des vorausgegangenen Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990, mit dem die Siegermächte eine Vereinigung von DDR und Bundesrepublik billigten. Ein wichtiger Teil dieses Vertrages war die Klärung der Grenzfragen, also auch der Oder-Neiße-Grenze. Gegen deren Anerkennung hatte sich die westdeutsche Politik lange gewehrt.

Im Jubel um die Wiedervereinigung vor 30 Jahren wird daher meist vergessen, dass die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten kein Geschenk war. Ex-Kanzler Helmut Kohl machte dazu 1999 eine klare Aussage. Er bezeichnete den Verzicht auf ein Drittel des

deutschen Staatsgebiets als den Preis der Wiedervereinigung.

Vielfach wird vergessen, dass die Fläche der früheren deutschen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Teilen von Ostbrandenburg größer war als die Gesamtfläche von Baden-Württemberg und Bayern. Dabei ging es ja nicht nur um große Flächen des früheren deutschen Reichsgebiets, sondern auch um das Schicksal von mehr als 14 Millionen Deutschen und deren Verlust von Heimat, Besitz und kultureller Identität. Dass wichtige Beiträge zur deutschen Kultur aus diesen Gebieten stammen, sei nur am Rande erwähnt. An diese Folgen von Hitlers Krieg wurde auch am 30. Jahrestag der Wiedervereinigung in politischen Reden nicht erinnert, auch nicht in der des amtierenden Bundespräsidenten. Sie gehören dennoch zum kollektiven Gedächtnis als ein Teil der deutschen Geschichte.

Leserbrief unseres Mitglieds Manfred Sommer / Bietigheim Bissingen, veröffentlicht am 7. Oktober 2020 in der Leonberger Kreiszeitung und am 16. Oktober 2020 in der Bietigheimer Zeitung

BdV KV Karlsruhe Bewegende Andacht am Vertriebenenkreuz

Zu Allerheiligen wurde das Vertriebenenkreuz auf dem Karlsruher Hauptfriedhof Schauplatz einer bewegenden Gedenkfeier auf Einladung des Bundes der Vertriebenen. Untermalt durch kurze Beiträge eines Bläserquintetts blickten unter anderem der evangelische Pfarrer Hermann Kraus und Karlsruhes Oberbürgermeister Frank Mentrup auf die Bedeutung von Heimat und Flucht.



OB Frank Mentrup bei seiner Ansprache
Foto: Wolfgang Hanagarth

Kraus stellte in seiner Ansprache dar, dass Menschen unterschiedlich mit dem Thema Heimat umgehen. Manche könnten den Verlust der Heimat besser verkraften als andere, die „an der Heimat und an der Sprache“ hängen und daher „Heimweh“ empfinden. Für Kraus, selbst aus der Region Siebenbürgen in Rumänien stammend und seit knapp 40 Jahren in Karlsruhe tätig, ist es in Begegnungen mit Aussiedlern immer ein Anliegen, „Heimweh zu bekämpfen“ und gleichzeitig „Heimat zu pflegen“, wie er deutlich machte.

Mentrup war es wichtig, in einem Jahr, in dem vieles anders ist, an den „Traditionen festzuhalten, die möglich sind“. Er erinnerte an die rund 14 Millionen Vertriebenen und die Strapazen, die sie auf der Flucht erlitten haben. Für viele sei dann Deutschland, die neue Heimat, eine

„kalte Heimat“ gewesen, so Mentrup. Der Karlsruher Oberbürgermeister verwies gleichzeitig auch darauf, dass die Vertriebenen den „kulturellen Reichtum der Stadt“ prägen.

Wolfgang Hanagarth, der Vorsitzende des Kreisverbandes Karlsruhe Stadt und Land des Bundes der Vertriebenen, stellte in seiner Rede die besondere Bedeutung der Charta der Heimatvertriebenen dar, die 1950 von Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet wurde. Er machte deutlich, dass die Charta „ihrer Zeit weit voraus“ gewesen sei „und eine große moralische Leistung der Vertriebenen darstelle, die damals noch nicht wussten, was überhaupt mit ihnen geschehen sollte und wie es weitergeht“. Die Charta „war ein Aufruf zum Verzicht auf Rache und Gewalt trotz des

gerade erlittenen Unrechts“. Den Unterzeichnern sei es darüber hinaus um ein „vereintes Europa“ gegangen. Hier verwies Hanagarth auf die Städtepartnerschaften in den ehemaligen deutschen Osten. In den Fürbitten nahm der katholische Dekan Hubert Streckert dann die Gedanken auf. Das gemeinsame Vater Unser am Vertriebenenkreuz, an dem während der Gedenkveranstaltung immer wieder Menschen Grablichter entzündeten und als Zeichen der Erinnerung und des Gedenkens niederlegten, bildeten den Abschluss der Andacht.

BNN 02.11.2020



Gedenkfeier am Vertriebenen Mahnmal auf dem Karlsruher Hauptfriedhof
Foto: Cornel Simionescu-Gruber

80 Thesen zur Vertreibung – Aufarbeiten statt verdrängen

Die „80 Thesen zur Vertreibung“ des Völkerrechtlers und Historikers Prof. Alfred de Zayas sind ein energisches Plädoyer gegen das große Verdrängen und Vergessen. Alfred de Zayas belegt, wie sich die UNO gerade in den letzten Jahren immer stärker für die Rechte von Vertriebenen überall auf der Welt eingesetzt hat. Er verlangt gleiches Recht für alle. Sein Fazit: Auch heute noch könnten viele Unrechtsfolgen der Vertreibung der Deutschen überwunden werden. Der Mitautor Konrad Badenheuer kennt die Vertriebenenverbände aus eigener beruflicher Erfahrung bestens.

Der Verleger geht der Frage nach, wie die massive Verdrängung der Deutschen bei diesem Thema überhaupt zu erklären ist. Wie war es möglich, dass Begriffe wie „Ostdeutschland“ und „Ostbrandenburg“ einfach ihre Bedeutung ändern konnten und heute andere Regionen bezeichnen als früher? Was haben die verschiedenen Bundesregierungen und die Betroffenen selbst falsch gemacht, dass es dazu kommen konnte? Der Autor gibt faszinierende Antworten. Die Arbeit der Landsmannschaften seit ihren Anfängen nimmt er kritisch unter die Lupe.

Grußwort

Liebe heimatvertriebene Landsleute,

es ist ein eigentümliches Jahr, das sich langsam seinem Ende zuneigt, ein Jahr, das ganz anders verlief als erwartet. Geplant war ein Jahr mit vielen Treffen und Veranstaltungen – wie in den Vorjahren auch. Geplant war vor allem ein ganz besonderer Höhepunkt: ein großer Festakt im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart zur 70. Wiederkehr des Tages, an dem in Bad Cannstatt die Charta der deutschen Heimatvertriebenen beschlossen wurde. Daneben seien unter den vielen anderen Veranstaltungen, die wegen der COVID-19-Pandemie abgesagt werden mussten, nur noch zwei runde Jubiläen der „Patenkinder“ des Landes hervorgehoben: die Festveranstaltung zu 70 Jahren Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und die Jubiläumsfeier zu 50 Jahren Haus der Donauschwaben in Sindelfingen.

Die COVID-19-Pandemie hat uns vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Unter anderem hat sie von uns den Verzicht gefordert. Und wir haben auf viel Vertrautes verzichtet: auf viele gesellige Treffen und auf viele Veranstaltungen zur Pflege und Weitergabe Ihrer kulturellen Traditionen. Die vertraute Geselligkeit und persönlichen Begegnungen bei diesen Veranstaltungen lassen sich leider nicht nachholen. Aber wir alle haben wegen der Pandemie auch neue Formate der Begegnung kennengelernt. So haben viele Verbände in den vergangenen Monaten Beratungen über Videoplattformen durchgeführt, deren Name im letzten Jahr noch kaum jemand von uns gekannt hat. Oder denken wir an die verschiedenen Video-Statements zum Chartatag, die zumindest ich als persönlicher empfinde als nur schriftlich vorliegende Grußworte. Beispielhaft möchte ich auch an die vom BdV-Landesverband in kleinem Rahmen durchgeführte Gedenkveranstaltung zum 20. Juni am Vertriebenenendenkmal in Bad Cannstatt er-

innern, die vom BdV-Landesverband live im Internet übertragen wurde. Ob damit vielleicht sogar mehr Menschen erreicht werden konnten als mit einer reinen Präsenzveranstaltung wie in den Vorjahren?

Zumindest das 70-jährige Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen konnte noch nachträglich in einem festlichen Rahmen gewürdigt werden bei der Veranstaltung zum Tag der Heimat in der Liederhalle in Stuttgart. Leider war ich kurzfristig verhindert, Herr Staatssekretär Wilfried Klenk ist dankenswerterweise eingesprungen. Er hat in seiner Rede die Charta als den wohl wichtigsten Wegweiser der deutschen Heimatvertriebenen bezeichnet, der auch noch nach

70 Jahren von bleibender Bedeutung ist. Unter anderem hob er hervor, dass die Heimatvertriebenen damals ihre berechtigten Wünsche nach einer besseren Eingliederung in die deutsche Gesellschaft und gerechteren Lastenverteilung mit der Zusage verknüpften, sich beim Wiederaufbau in Frieden und Freiheit voll und ganz einzubringen – eine Zusage, die die Heimatvertriebenen wahrhaft vorbildlich erfüllt haben! Mit dem expliziten Verzicht auf Rache und Vergeltung gehören die Heimatvertriebenen auch zu den Vorreitern der europäischen Einigung, insbesondere mit Blick auf unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

Da dies nun ein Weihnachtsgruß in einer zu Ende gehenden Legislaturperiode ist, sei mir an dieser Stelle auch ein kleiner Rückblick auf die Entwicklung in den vergangenen Jahren gestattet. Ich bin stolz darauf, dass die verausgabten Mittel für die Zuwendungen zur Kulturarbeit der Verbände seit 2016 kontinuierlich gestiegen sind. Der Zuwachs im Plannsatz beläuft sich für den Zeitraum von 2016 bis 2020 auf 30 Prozent! Zusätzlich konnten im aktuellen Jahr die Verbände der Vertriebenen und Spätaussiedler auch von dem Corona-Hilfsprogramm des Innenministe-



Foto: Laurence Chaperon

riums für Vereine profitieren, so dass wenigstens die finanziellen Schäden durch die Pandemie etwas kompensiert wurden.

Darüber hinaus freue ich mich, dass mit zusätzlichen Landesmitteln auch einige größere Investitionsmaßnahmen möglich wurden: die Aktualisierung der Dauerausstellung im Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm, die voraussichtlich im kommenden November neu eröffnet werden kann, die derzeit laufende Sanierung des Hauses der Russlanddeutschen in Stuttgart und die Sanierung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen, für die ab dem kommenden Jahr Mittel zur Verfügung stehen.

Zum Schluss möchte ich allen herzlich danken, die sich in den Verbänden der Vertriebenen und Spätaussiedler aktiv engagieren. Sie halten die Erinnerung an besondere deutsche Schicksale wach, führen wertvolle Traditionen fort und tragen mit Ihren Veranstaltungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Machen Sie bitte weiter so!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen ruhigen Jahreswechsel und alles Gute im neuen Jahr – und bleiben Sie gesund, auch 2021!

Ihr

Thomas Strobl
Stellvertretender Ministerpräsident,
Minister für Inneres, Digitalisierung
und Migration Landesbeauftragter
für Vertriebene und Spätaussiedler



Weihnachtsgruß der BdV-Landesvorsitzenden

Liebe Mitglieder des BdV, sehr geehrte Damen und Herren, ein unglaubliches Jahr 2020 geht dem Ende entgegen. In diesem Jahr ist alles anders als wir gedacht, geplant und organisiert haben. Im Januar und Februar war die Welt noch in Ordnung. Im März hätten wir gern wieder den Ostermarkt, im Haus der Heimat in Stuttgart, abgehalten. Dies war nicht die einzige Absage von Veranstaltungen aufgrund der Corona Pandemie in diesem Jahr. Gerade in einem Jahr in dem wir zum 70. mal an die Verkündigung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen in besonderer Weise erinnern wollten.

Das Haus der Heimat wurde geschlossen und so haben auch die vielen Landsmannschaften mit ihren Gruppen, ob Chöre, Tanzgruppen oder Heimatgruppen, keine Möglichkeit mehr gehabt, sich zu treffen. Das bunte Leben im Haus der Heimat, aber auch in den anderen Bereichen unseres Lebens wur-

de massiv eingeschränkt. Mit Recht sind diese Einschränkungen erfolgt, um Rücksicht auf die Risikogruppen zu nehmen, zu der viele von uns gehören.

Diese geänderten Rahmenbedingungen haben uns einen großen Schritt weitergebracht. Wir haben uns schneller mit der Digitalisierung beschäftigen müssen als vermutet. Vorstandssitzungen im neuen Format, als Videokonferenz, gehören jetzt zum Standard.

Auch der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung haben wir in ein digitales Format verändert. Viele konnten uns über einen Live-Stream zusehen und wir haben unsere ersten Versuche in dieser neuen Welt gemacht. Der BdV Bund hat am 5. August 2020 seine 70 Jahr-Feier zur Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen auch in einem digitalen Live-Stream und unter sehr geringer Präsenz, dafür mit der Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Dr. Susanne Eisenmann und dem Präsidenten des BdV, Dr. Bernd Fabritius begangen.

Die Sommermonate haben uns hoffen lassen und so waren wir froh, dass der gelungene Tag der Heimat mit hochkarätigen Darbietungen, Staatssekretär Klenk als Festredner und vielen Ehrengästen sowie die gemeinsame BdV und SL

Landeskulturtagung im September mit gutem Besuch, interessanten Beiträgen und Rednern in Präsenz stattfinden konnten.

Jetzt im November stehen wir wieder vor einem Herunterfahren des öffentlichen und privaten Lebens. Es liegen ein paar Wochen vor uns, in denen wir mit Glauben, Zuversicht und Kerzenlicht die trüben Tage des Herbstes und Winters überstehen müssen. Wir wollen mit Optimismus in das nächste Jahr schauen und uns darauf freuen, dass wir uns wieder begegnen können. Nichts ersetzt den persönlichen Kontakt und das persönliche Gespräch, auch in Zukunft.

Damit darf ich meinen etwas anderen Bericht schließen und Ihnen Allen, die uns in diesem Jahr auf so vielfältige Weise unterstützt und unsere Arbeit mitgetragen haben danken. Ihnen wünsche ich für die bevorstehende Adventszeit, ruhige und gemütliche Stunden, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für das Neue Jahr viel Glück und vor allem Gesundheit.

Bleiben Sie uns auch in Zukunft verbunden.

Herzlichst

Ihre

Iris Ripsam



Kastenkrippe aus dem Grulicher Ländchen. 1980 gefertigt nach historischen Vorbildern von Josef Schwarzner. Sammlung Haus Schlesien.

Herausgeber:
 Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften
 Landesverband Baden-Württemberg e. V.
 70176 Stuttgart, Schloßstr. 92, Tel. 07 11 / 62 52 77, Fax 61 01 62
 E-Mail: zentrale@bdv-bw.de, www.bdv-bw.de

Verantwortlich für den Inhalt:
 Ulrich Klein

Erscheint vierteljährlich für die Mitglieder des BdV in Baden-Württemberg.
 Die gezeichneten Artikel stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung der
 Schriftleitung überein.

Redaktionsschluß:
 17.11.2020.

Bezugspreis:
 jährlich € 25,-

Gesamtherstellung:
 moreVision & friends
 Lichtenbergstr. 5, 71642 Ludwigsburg, Tel. 0171 2130178

Absender: BdV, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
 Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart

Danziger Kantapfel

Genussreife: Ende September bis Ende November
Frucht: mittelgroß, rundlich gebaut, ausgeprägte, flache Rippen, zur Reifezeit kräftig gerötet, wenige braune Punkte
Verwendung: sehr guter Tafel- und Wirtschaftsapfel
Geschmack: markig bis mürbe, mäßig saftig, süß-sauer, angenehm rosenapfelartig gewürzt
Ansprüche: anspruchslos, gut geeignet für Höhenlagen, für Streuobstwiesen, empfehlenswert für Selbstversorgeranbau
Krankheiten: Krebs, Schorf
Herkunft/Geschichte: bereits um 1760 erwähnt

Der Danziger Kant trägt viele Namen. Als Schwäbischer Rosenapfel, Mainapfel, Himbeerapfel oder Roter Liebesapfel ist er unter anderem bekannt. Diese Sorte wurde bereits 1760 in der Pomologia Nürnberg erwähnt und fanden ihre Verbreitung in Frankreich, Holland und Deutschland.

Das wichtigste Erkennungsmerkmal, das sicher namensgebend war, ist eine scharfe Naht, die über eine Fruchthälfte verläuft. Die Schale des mittelgroßen Apfels ist meistens leuchtend rot und von einer Fettschicht überzogen. Der Geschmack ist süßweinig, leicht gewürzt und äußerst erfrischend. Der Danziger Kantapfel reift Ende September und ist bis Anfang Januar haltbar. Er ist gleich vom Baum essbar.

Auf, zündet eure Herzen an!

Auf, zündet eure Herzen an,
 das Dunkel zu vertreiben!
 Ohn eurer Herzen Fröhlichkeit
 muß auf der Erde Traurigkeit
 als ständig Dunkel bleiben.

Am Himmel brennt der Weihnachtsstern
 mit wunderhellen Strahlen!
 Läßt Heimweh euch nicht fröhlich sein,
 dann soll der alte Kinderschein
 in eure Herzen fallen.

Tragt euer Leuchten ohne Furcht
 und laßt es weithin sehen!
 Ein Herz, vom Glauben stark entfacht,
 kann auch in dunkler Winternacht
 den Weg nach Hause gehen.

*Hans Bender
 (1947 im Lager Borowitschi bei Nowgorod)*



BdV-Landesverband BW

Termine 2021

(Änderungen vorbehalten, Stand 09.11.2020)

Termin	Veranstaltung	Veranstaltungsort
12./13.3.	Ostermarkt	Haus der Heimat
8.5.	Kult. Landesfrauentagung	Haus der Heimat
19.6.	Landesverbandstag	Haus der Heimat
21.6.	Gedenktag f. d. Opfer v. Flucht und Vertreibung	Denkmal Bad Cannstatt
5.8.	Chartafeier	Schloßplatz Stuttgart
19.9.	Tag der Heimat	Liederhalle Hegelsaal
24./25.9.	Landeskulturtagung	Haus der Heimat
10.10.	28. Volksmusikonzert	Korntal
14.12.	BdV-Jahresschlussitzung	Haus der Heimat

Advent

Es ist die Zeit geheimnisvoller Tiefe.

Es ist, als ob der Tage böse Unrast schlief,
 uralte Rätsel sich dem Geiste halb enthüllen
 und alle Welt mit unsagbarer Ahnung füllen.

Sei still auch du in dieser sanften Zeit der Tiefe,
 dass sie nicht ungeliebt vor deiner Hast entliefe.

Gerhart Hauptmann